

AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 118
Juni 2024

MEDIEN IM KONFLIKT – ZWISCHEN PRESSEFREIHEIT UND PROPAGANDA



IN ACTION
Ein aktiver Monat

VENEZUELA
Verschärfte Repression

SENEGAL
Kampf für ein Ökosystem

**AMNESTY
INTERNATIONAL** 

SOFORTHILFE FÜR MENSCHEN IN GEFahr

GLOBAL RELIEF PROGRAMME

In Kolumbien setzen sich Fischer*innen für den Schutz der Flüsse und Feuchtgebiete sowie für ihre Lebensweise ein. Dafür dokumentieren sie Umweltverschmutzungen, organisieren Kundgebungen und Reinigungsaktionen und leisten Lobbyarbeit bei den zuständigen Behörden. Wegen dieser Arbeit werden sie drangsaliert und sogar angegriffen.

«Mit meiner Arbeit lebe ich gefährlich. Ich wurde von bewaffneten Männern angegriffen.»

Sofia, Umweltaktivistin

Dank des Global Relief Programme von Amnesty International konnte ihnen schnell und unbürokratisch Unterstützung zugesprochen werden – für Schutzmassnahmen wie Schutzwesten und Sicherheitskameras oder für temporäre Umsiedlungen bei unmittelbarer Gefahr.

«Die Fische starben, weil das Wasser durch Rohöl verunreinigt ist. Wir nahmen Proben als Beweismittel. Deswegen werden ich und meine ganze Familie verfolgt.» Julia, Fischerin

Mit dem Global Relief Programme helfen wir jährlich Tausenden Menschenrechtsverteidiger*innen in lebensbedrohlichen Situationen. Dank Ihrer Spende unterstützen wir sie mit vorübergehenden Umsiedlungen, sicherem Zugang zu Rechtshilfe, medizinischer Betreuung und weiteren Massnahmen, die Leben retten können. www.amnesty.ch/global-relief

Helfen Sie, Menschenleben zu retten und die Rechte von Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen! Herzlichen Dank.

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion . Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern

Jetzt mit TWINT spenden!



QR-Code mit der TWINT App scannen



Betrag und Spende bestätigen



Impressum: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 118, Juni 2024. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Jean-Marie Banderet, Ulla Bein, Boris Bögli, Agnès Callamard, Rémi Carlier, Baptiste Fellay, Michelle Meier, Eyal Lurie-Pardes, Tigran Petrosyan, Théophile Simon, Patrick Walder, Sandra Weiss, Florian Wüstholtz, Thomas Zurbuchen. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 9. August 2024. **Distribution:** AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: redaktion@amnesty.ch. **Auflage:** 70 000 (dt.).

EDITORIAL



Meinen Presseausweis habe ich eigentlich immer mit Stolz mit mir geführt. Aber nicht überall hin. Es gibt Länder, in die ich dieses Kärtchen lieber nicht mitnehme. Für Kolleg*innen an vielen Orten der Welt ist es gar gefährlich, einen Presseausweis bei sich zu haben oder sich als Medienschaffende zu erkennen zu geben.

Gemäss Reporter ohne Grenzen ist die Zahl der Übergriffe gegen Journalist*innen deutlich gestiegen. Die Organisation stellt eine weitere Verschlechterung der Lage der Pressefreiheit fest – 36 Staaten rangieren in der schlechtesten Kategorie. So viele waren es seit mehr als zehn Jahren nicht mehr. Unabhängige journalistische Arbeit ist in diesen Ländern praktisch unmöglich.

Aber auch in Demokratien sind die Medien aufgrund des laufenden Strukturwandels unter Druck. Das Image der Medien verschlechtert sich zunehmend durch den wachsenden Populismus, dem Desinformation und Polarisierung folgen. Ein auf sorgfältiger Recherche, Objektivität und Unabhängigkeit basierender Journalismus ist für die Demokratie jedoch unabdingbar. Nur dank Qualitätsstandards und Pressefreiheit wird die Öffentlichkeit ausgewogen informiert, können Missstände aufgedeckt und öffentliche Debatten angestossen werden. Deshalb ist unabhängiger Journalismus ein Gut, das wir unbedingt schützen müssen. Als Bürger*in, Medienkonsument*in, aber auch als Medienschaffende, indem wir die Qualität unserer Arbeit hoch halten.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Widerstand gegen den Rückschritt	

DOSSIER

Medien im Konflikt	
Medien unter Druck	10
Gefährdete Unabhängigkeit	12
Die Einflussnahme auf die Presse nimmt zu.	
Ins Exil gezwungen	14
Kritische Journalist*innen werden in Russland verfolgt – doch sie geben ihre Arbeit nicht auf.	
Im Dienste des Staates	16
In Israel werden Medien zum Sprachrohr der Regierung.	
Zwischen Nähe und Distanz	18
Auslands-Korrespondent*innen sind oft Versuchen der Einflussnahme ausgesetzt – auch der Bestechung.	
Wenn Medien zu Hass anstacheln	20
Wenn Medien zu Komplizen werden.	

THEMA

Venezuela	22
Kritik nicht erwünscht	
Senegal	25
Ein Ökosystem in Gefahr	
USA	28
Die zentrale Frage	
Schweiz	30
Armut, ein Tabu	

KULTUR

Film	32
Der Preis des Wandels	
Buch	33
Mit uns reden – statt über uns	
Film	34
So Gott will, wird es ein Junge	

CARTE BLANCHE

Thomas Zurbuchen	35
------------------	----

IN ACTION

Ein Juni gegen Diskriminierung	37
Prides, Frauenstreik und Flüchtlingstag	
Saudi-Arabien	39
Königreich der Repression	

ENTSCHÄDIGUNG FÜR AMAZON-BESCHÄFTIGTE

Das Unternehmen Amazon hat 700 Beschäftigten in **saudi-arabischen** Warenlagern eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 1,9 Millionen US-Dollar bezahlt. Im Oktober 2023 hatte Amnesty International über Arbeitsrechtsverletzungen in den Warenlagern berichtet. Die nun getätigten Zahlungen entschädigten die Arbeiter*innen für prekäre Arbeitsbedingungen und rechtswidrige Rekrutierungsgebühren, die sie in ihren Heimatländern an Vermittler*innen zahlen mussten, um einen Job bei Amazon in Saudi-Arabien zu bekommen.



FREISPRÜCHE NACH EINSCHÜCHTERUNGSKLAGE

Das Regionalgericht **Bern-Mittelland** hat am 21. Februar 2024 die drei Autor*innen eines Berichts über die Kolmar Group AG vom Vorwurf der üblen Nachrede freigesprochen.

Die Autor*innen hatten im Bericht der NGOs Public Eye und Trial geschrieben, dass der Konzern durch den Kauf von geschmuggeltem libyschem Öl möglicherweise gegen internationales Recht verstossen habe. Mit solchen SLAPP genannten Klagen versuchen Unternehmen Kritiker*innen durch langwierige Rechtsstreitigkeiten einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

VERFAHREN GEGEN SEENOTRETT*INNEN EINGESTELLT

Nach über sechs Jahren wurden in **Italien** die Anklagen gegen vier deutsche Seenotretter*innen – Dariush Beigui, Sascha Girke, Kathrin Schmidt und Uli Tröder – fallen gelassen. Den Besatzungsmitgliedern des Seerettungsschiffs *Iuventa* und sechs weiteren Aktivist*innen war vorgeworfen worden, mit Schleuser*innen zusammengearbeitet zu haben. Die Angeklagten hatten mit der *Iuventa* und Rettungsschiffen der Organisationen Save the Child-

ren International und Médecins Sans Frontières Tausende Geflüchtete aus dem Mittelmeer gerettet. Die Staatsanwaltschaft kam im Februar 2024 zum Schluss, dass die Anschuldigungen unglaubwürdig seien und der Sachverhalt kein Verbrechen darstelle. Das Schiff sei wieder freizugeben. Das zuständige sizilianische Gericht hat den Fall nun Mitte April abgewiesen.

Das Schiff *Iuventa* wurde im Sommer 2017 beschlagnahmt.



PROMINENTE MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERIN FREI



Nun wurde auch die letzte der vier bekannten Menschenrechtsverteidigerinnen freigelassen, die in **Afghanistan** durch die Taliban zwischen September und November 2023 willkürlich festgenommen worden waren. Zholia Parsi, Neda Parwani, Parisa Azada und Manizha Seddiqi wurden nie einer Straftat angeklagt und hatten während ihrer Inhaftierung keinen Zugang zu Anwalt*innen. Auch Familienangehörige wurden verhaftet. Während Zholia Parsi, Neda Parwani und Parisa Azada das Gefängnis im Dezember verlassen konnten, kam Manizha Seddiqi nun am 7. April 2024 ebenfalls endlich frei.

ZWANGSEINGEZOGENER ZURÜCKGEKEHRT

Seit dem 7. März ist Daouda Diallo, Generalsekretär einer zivilgesellschaftlichen Koalition in **Burkina Faso**,



wieder zuhause. Er war Anfang November 2023 in die Armee einberufen worden, wogegen er sich öffentlich wehrte. Am 1. Dezember wurde Daouda Diallo in der Hauptstadt Ouagadougou von vier Männern in Zivilkleidung entführt und galt als verschwunden, bis Bilder von ihm und anderen Eingezogenen in Militäruniform auftauchten. Am 6. Dezember 2023 entschied das Verwaltungsgericht, dass die Einberufungsbefehle nicht rechtmässig seien, und ordnete ihre Aussetzung an. Trotzdem setzen die Behörden immer noch gezielt Rekrutierungen ein, um Oppositionelle zu unterdrücken und Menschenrechtsverteidiger*innen zu schikanieren.





© Bruno Fert

Ein langes Engagement erreicht sein Ziel. Aktivist*innen demonstrierten seit Jahren für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

NUN VERFASSUNGSMÄSSIG GARANTIERTES RECHT



Frankreich hat als weltweit erstes Land am 4. März das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung verankert. Die Abgeordneten der Nationalversammlung sowie des Senats hatten mit 780 gegen 72 Stimmen die dafür nötige Dreifünftelmehrheit problemlos erreicht. Premierminister Gabriel Attal sprach von einer «moralischen Schuld» gegenüber allen Frauen, die bei heimlichen Schwangerschaftsabbrüchen gelitten hätten oder gestorben seien. Zehntausende Menschen im ganzen Land und insbesondere in Paris verfolgten die Abstimmung im Parlament via Live-Übertragungen und feierten danach den Erfolg.



GERICHTSVERFAHREN ENDLICH ABGESCHLOSSEN

In erster und zweiter Instanz waren die drei **polnischen Aktivistinnen** Anna, Joanna und Ela zwar freigesprochen worden, die Staatsanwaltschaft ergriff jedoch beide Male Rechtsmittel gegen den Freispruch. Nun, nach fünf Jahren, wurde im März 2024 die Berufung der Behörden vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen. Der Fall ist damit abgeschlossen. Anna, Joanna und Ela waren im April 2019 wegen «Verletzung religiöser Gefühle» angeklagt worden, nachdem sie Poster mit dem Motiv der Jungfrau Maria mit einem Heiligenschein in Regenbogenfarben plakatiert haben sollen. Mehrere Zehntausend Menschen haben sich mit Amnesty für die drei Aktivistinnen eingesetzt.



PRÄZEDENZFALL FÜR DIE KLIMAGERECHTIGKEIT

Die **Schweiz** tut zu wenig im Kampf gegen den Klimawandel. Zu diesem Schluss kamen am 9. April 2024 die Richter*innen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und traten damit auf eine Beschwerde der KlimaSeniorinnen Schweiz ein. Eine Gruppe von mehr als 2500 älteren Schweizerinnen hatte gegen das Versäumnis der Regierung geklagt: Indem die Schweizer Regierung keine angemessenen Massnahmen gegen den Klimawandel treffe, verletze sie die Menschenrechte auf Gesundheit und Leben insbesondere von älteren Frauen.

Porträts © André Gottschalk

AUSSPIONIERT RECHERCHEURINNEN

MEXIKO Das mexikanische Strafjustizsystem wird regelmässig für die Überwachung von Menschen eingesetzt, die Menschenrechtsverletzungen publik machen und sich für die Opfer engagieren. Amnesty International veröffentlichte Mitte Mai eine Dokumentation zu den Ermittlungen gegen die Anwältin Ana Lorena Delgadillo Pérez, die Journalistin Marcela Turati Muñoz und die forensische Anthropologin Mercedes Doretti, gegen die ohne Beweise «wegen angeblicher Straftaten im Bereich des organisierten Verbrechens» Ermittlungen durchgeführt wurden. Die drei Frauen wurden bespitzelt, nachdem sie zu den Massakern an Migrant*innen von 2010 und 2011 in San Fernando recherchiert hatten, die nie behördlich aufgeklärt wurden.

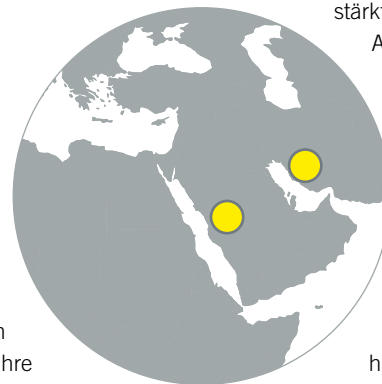


Die preisgekrönte Journalistin **Marcela Turati Muñoz** – eine der drei Frauen, die wegen ihrer Recherchen überwacht wurden.

AUSGERECHNET SAUDI-ARABIEN

SAUDI-ARABIEN Am 27. März 2024 wurde der saudische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Abdulaziz Alwasil, zum Vorsitzenden der 69. Session der Uno-Kommission für Frauenrechte ernannt. Diese wird vom 10. bis zum 21. März 2025 in New York stattfinden. Die Diskrepanz zwischen dem Mandat, das dieser Kommission zugewiesen wurde, und der Realität der Lage der Frauen in Saudi-Arabien hat Fragen aufgeworfen und Reaktionen hervorgerufen. Saudische Frauen, die sich für ihre Rechte einsetzen, werden nach wie vor verfolgt. Wegen einfacher Tweets wurden einige von ihnen zu hohen Haftstrafen von bis zu 45 Jahren verurteilt (siehe dazu auch die Petition auf S. 39).

Darüber hinaus verankert das saudische Personenstandsgesetz von 2022, das als Schritt in Richtung Gleichberechtigung gepriesen wird, de facto die Geschlechterdiskriminierung in jedem Aspekt des Familienlebens. Der Entwurf des ersten Strafgesetzbuches des Landes, der vor einigen Monaten durchgesickert ist, würde ebenfalls dramatische Folgen für die Rechte der Frauen mit sich bringen.



ERSTE HINRICHTUNG IM BUNDESSTAAT GEORGIA SEIT 2020

USA Der 58-jährige Schwarze Willie Pye wurde am 20. März 2024 im US-Bundesstaat Georgia hingerichtet, nachdem er mehr als ein Vierteljahrhundert im Todestrakt verbracht hatte. Er war 1992 wegen des Mordes an seiner Freundin verhaftet worden und litt nach Angaben der Verteidigung an einer geistigen Behinderung, die seine Hinrichtung verfassungswidrig machen würde. Drei der noch lebenden Jurymitglieder seines Prozesses hatten sich für einen Gnadenersatz zu seinen Gunsten ausgesprochen.

HINRICHTUNGSWELLE

IRAN Mit 853 Hinrichtungen hat der Iran im Jahr 2023 am meisten Todesurteile seit acht Jahren vollstreckt. Bis zum 20. März 2024 waren es in diesem Jahr bereits mindestens 95 Hinrichtungen. Seit Beginn des Aufstands nach dem Tod von Jina Mahsa Amini im Jahr 2022 griffen die iranischen Behörden verstärkt auf die Todesstrafe zurück, um Angst zu verbreiten. Ausserdem sieht die Strategie für die Bestrafung von Drogenkriminalität nun besonders harte Strafen vor: Mehr als die Hälfte der Hinrichtungen im Jahr 2023 stehen im Zusammenhang mit Drogendelikten. Fast ein Drittel der in diesem Zusammenhang hingerichteten Personen gehörte der belutschischen Minderheit an, die aber nur 5 Prozent der iranischen Bevölkerung ausmacht. Auch die Zahl der Hinrichtungen von Minderjährigen hat zugenommen.

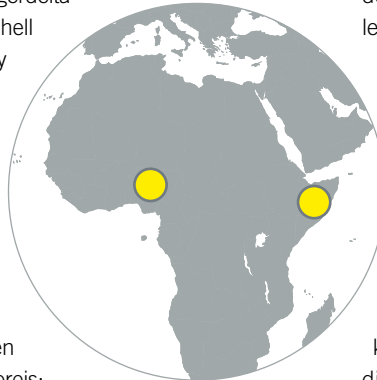
**Auch heute noch verschmutzt:**

Das Seewasser in den Händen dieses Einwohners von Ikarama im Nigerdelta, wo es verschiedene Öllecks gab, ist mit Rohöl vermischt, auch im Februar 2024 noch.

© Sean Sami/Reuters

HEIKLER VERKAUF

NIGERIA 40 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Amnesty International, unterzeichneten am 15. April einen Brief an die nigerianischen Behörden, in dem sie ihre Bedenken über den Verkauf des Shell-Geschäfts im Nigerdelta zum Ausdruck brachten. Sie wiesen auf das Risiko hin, dass Shell die Tochterfirma Nigeria Shell Petroleum Development Company loswerden wolle, ohne dass die bis heute verursachten Schäden beseitigt worden wären: Zwar musste der Konzern bereits mehrfach für Umweltschäden geradestehen und Kompensationen an Einwohner*innen des Nigerdeltas bezahlen. Doch die Sanierung der verseuchten Gebiete kommt nicht voran, inzwischen hat sich die Situation gar verschlimmert. Im Januar 2024 gab Shell bekannt, dass es eine Einigung über den Verkauf der Tochterfirma an ein Konsortium erzielen konnte, das aus vier in Nigeria ansässigen Unternehmen und einem internationalen Energiekonzern besteht. Verkaufspreis: 2,2 Milliarden Euro. Laut den Organisationen, die den Brief unterzeichneten, könnte dieser Deal zu weiteren Menschenrechtsverletzungen in der Region führen.

**POTENZIELLE KRIEGSVERBRECHEN**

SOMALIA Im Zuge einer somalischen Militäroperation, die von türkischen Drohnen unterstützt wurde, wurden am 18. März 23 Zivilist*innen getötet, darunter 14 Kinder. 17 weitere Zivilpersonen wurden verletzt, darunter 11 Kinder. Alle gehören der marginalisierten Minderheit der Gorgaarte an. Amnesty fordert, dass durch eine Untersuchung festgestellt werden soll, ob es sich um Kriegsverbrechen handelt. Dem Drohnenangriff folgten schwere Bodenkämpfe zwischen der bewaffneten Gruppe Al-Shabaab und den somalischen Streitkräften. Die Türkei und Somalia haben im Februar 2024 ein Abkommen über wirtschaftliche und verteidigungspolitische Zusammenarbeit unterzeichnet. Die Türkei trainiert somalische Truppen bereits seit mehreren Jahren.

**UNO WEIST AUF VERSÄUMNISSE DER SCHWEIZ HIN**

SCHWEIZ Fünf Sonderberichterstatter*innen der Vereinten Nationen weisen die Schweiz in einem Ende März veröffentlichten Brief auf Versäumnisse hin bei ihrer Pflicht, Menschenrechts- und Umweltverteidiger*innen bei friedlichen Versammlungen zu schützen. Dabei geht es um Demonstrationen auf der Quaibrücke und in der Uraniastrasse in Zürich in den Jahren 2020 und 2021. Die Berichterstatter*innen zeigen sich besorgt, dass es offenbar zu längeren Inhaftierungen ohne Vorführung vor die Staatsanwaltschaft kam. Diese gegen die Aktivist*innen gerichteten Verfahren könnten «eine unangemessene und ungerechtfertigte Einschränkung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung darstellen». Im Brief wird daran erinnert, dass gewaltfreie Akte des zivilen Ungehorsams durch die Rechte auf Gewissensfreiheit, freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung geschützt werden müssen – unabhängig davon, ob sie gegen Gesetze eines Landes verstossen. Die Schweiz wird aufgefordert, friedlichen zivilen Ungehorsam zu schützen, damit die Zivilgesellschaft im Kontext von humanitären, gesundheitlichen und klimatischen Krisen weiterhin aktiv sein kann.



AKTUELL _ IM BILD

Seit Monaten fliehen Hunderttausende Menschen aus dem **Sudan**, wo der Konflikt zwischen der Armee und den Milizen immer mehr zivile Opfer fordert. Wer kann, versucht das Land zu verlassen, wie diese Frau, die im Rahmen einer Evakuierungsaktion ausreisen konnte. Fast 6,7 Millionen Menschen wurden innerhalb des Landes vertrieben, ihre Situation verschärft sich zunehmend, die Hälfte leidet unter Hunger. Die Uno spricht von einer der schlimmsten humanitären Katastrophen der jüngeren Geschichte.

WIDERSTAND GEGEN DEN RÜCKSCHRITT



© André Gottschalk

Agnès Callamard
Generalsekretärin von
Amnesty International*

Befinden wir uns auf dem Weg zurück in die Vergangenheit? Im Jahr 2023 stellte das politikwissenschaftliche Forschungsinstitut V-Dem fest, dass die Zahl der Menschen, die in Demokratien leben, auf den Stand von 1985 gesunken ist – also bevor Nelson Mandela aus dem Gefängnis entlassen wurde und vor dem Fall der Berliner Mauer. Doch die Zeit nach dem Kalten Krieg mit ihren Hoffnungen auf eine neue Ära für die Menschheit war viel zu kurz.

Im vergangenen Jahr häuften sich entgegengesetzte Tendenzen. Autoritäres Denken und Handeln griffen auf Regierungs- und Gesellschaftsebene um sich. In zahlreichen Ländern weltweit untergruben autoritäre Massnahmen die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Geschlechtergleichstellung und die sexuellen und reproduktiven Rechte.

Der vorherrschende öffentliche Diskurs basierte auf Hass und Angst und dämonisierte marginalisierte Gruppen, insbesondere Migrant*innen, Flüchtlinge und Angehörige rassifizierter Bevölkerungsgruppen.

Die Rechte von Frauen kamen im Jahr 2023 immer stärker unter Beschuss. Bemühungen zur Geschlechtergleichstellung blieben vielerorts ohne Erfolg, Fortschritte der vergangenen zwanzig Jahre drohten zunichte gemacht zu werden. In Afghanistan ist es derzeit eine Strafe, eine Frau oder ein Mädchen zu sein. Im Iran führten die Behörden ihre brutale Unterdrückung der Bewegung «Frau, Leben, Freiheit» fort. Uganda verabschiedete ein strenges homofeindliches Gesetz, während in den USA einflussreiche Personen transfeindliche Diskurse anheizten oder entsprechende Massnahmen beschlossen.

2023 war der globale Wohlstand so hoch wie nie zuvor. Die Weltbank bezeichnet das vergangene Jahr dennoch als «ein Jahr der Ungleichheit». Menschen, die sich für wirtschaftliche und soziale Rechte einsetzen, werden gewaltsam unterdrückt,

Klimaaktivist*innen als «Terrorist*innen» gebrandmarkt, wenn sie Regierungsbeschlüsse zum Ausbau fossiler Energieträger kritisieren.

Es gibt unzählige Beispiele, die uns in eine Zeit vor 1985 zurückversetzen. Oder sogar in die Zeit vor 1948, als wir glaubten, die Tore der Hölle für immer geschlossen zu haben.

Leider scheinen die moralischen und rechtlichen Lehren, die aus dieser dunklen Zeit gezogen wurden, vergessen zu sein. Nach den ungeheuerlichen Verbrechen der Hamas am 7. Oktober 2023 startete Israel eine Militärkampagne, die sich zu einer Strafexpedition gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens entwickelte. Für Menschen auf der ganzen Welt symbolisieren die Ereignisse im Gazastreifen das Versagen der Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die Einhaltung des Universalitätsprinzips und die Achtung unserer gemeinsamen Menschlichkeit sorgen sollten. Hinzu kommt die Militärinvasion Russlands in der Ukraine, die gegen die Uno-Charta verstösst und die internationale Rechtsordnung untergräbt. China, ein weiteres ständiges Mitglied des Unosicherheitsrats, unterstützt das myanmarische Militär und dessen rechtswidrige Luftangriffe. Im eigenen Land nimmt die chinesische Regierung Menschen fest und foltert sie.

Doch angesichts dieses allgemeinen Rückschritts bei den Menschenrechten mobilisieren sich überall auf der Welt Menschen, um sich den Kräften entgegenzustellen, die uns in eine Zukunft katapultieren wollen, die wir nicht wollen. Die im Jahr 2023 demonstrierte internationale Solidarität ist beispiellos.

Ich hoffe, dass wir uns an 2023 auch als ein Jahr erinnern werden, in dem mutige Leute auf der ganzen Welt im Namen einer gemeinsamen Menschlichkeit aufgestanden sind. Menschen, die sich erhoben haben, um Stopp zu sagen. Im Namen unserer gemeinsamen Menschlichkeit und der Menschenrechte.

*Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des Vorworts von Agnès Callamard im Amnesty International Report 2023/24. Der Text ist in gesamter Länge lesbar unter [amnesty.ch/report](https://www.amnesty.ch/report)



Medien unter Druck

Die Medien gelten als vierte Gewalt. Das bringt Rechte und auch Einfluss – zumindest in demokratischen Systemen, die die Pressefreiheit schützen. Das bringt aber auch Verantwortung. Für Medienschaffende, für die Medienunternehmen – und auch für die Konsument*innen bei der Wahl ihrer Informationsquellen. Medienarbeit kann aber auch Einschränkung und Gefahr bedeuten, denn in immer mehr Ländern geraten die Medien unter Druck. In vielen Staaten werden Journalist*innen verfolgt und sogar inhaftiert oder getötet. Wie können Journalist*innen in solchen Ländern arbeiten? Wie sichern sie sich ab, damit sie nicht selbst zu Verbreiter*innen von Falschinformationen und Manipulation werden? Die Herausforderungen an Medienschaffende werden grösser. Die Risiken ebenfalls.





© Alexandra Lande

Gefährdete Unabhängigkeit

Die Einmischung der Politik in die Medien ist kein neues Phänomen. Doch die Einflussnahme nimmt zu und könnte sich noch weiter ausweiten. Eine Bestandsaufnahme mit zwei Experten.

Von Baptiste Fellay und Jean-Marie Banderet

Um die Pressefreiheit ist es nicht gut bestellt. In ihrer am 3. Mai veröffentlichten Rangliste stellt die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) «eine besorgniserregende Verschlechterung der Unterstützung und der Achtung der Medienautonomie» fest. Der Indikator «politischer Kontext» ist eines von fünf Merkmalen, die die Organisation für ihre Bewertung heranzieht. Gerade dieser Indikator hat sich am stärksten verschlechtert, um mehr als sieben Punkte. Länder wie Italien, die USA und Argentinien werden aufgrund der steigenden politischen Einflussnahme in der Rangliste von 2024 um mehrere Plätze zurückgeworfen. Ist die Unabhängigkeit der sogenannten vierten Gewalt also nicht mehr gegeben? Wir sprachen darüber mit Denis Masméjan, Generalsekretär der Schweizer Sektion von Reporter ohne Grenzen, und Arnaud Mercier, Professor für Informations- und Kom-

munikationswissenschaften an der Universität Panthéon-Assas in Paris.

Eine grosse Spannweite | In vielen Ländern der Welt wird die Pressefreiheit von denjenigen bedroht, die sie eigentlich garantieren sollten: den politischen Behörden. Zunächst denkt man dabei an autoritäre Regimes wie Saudi-Arabien und an den Journalisten Jamal Khashoggi, der wegen seiner zu kritischen Artikel gegen den saudischen Kronprinzen ermordet wurde. Man denkt an Hongkong, wo Massenverhaftungen von Journalist*innen die Übernahme der ehemaligen britischen Kronkolonie durch Peking begleiteten. An Russland, wo spätestens seit der Invasion in der Ukraine die Journalist*innen den Interessen des Kremls dienen oder in Gefahr geraten (siehe dazu den Artikel von Tigran Petrosyan

Als Folge der Medienkonzentration gibt es immer weniger Qualitätsblätter – auch in Frankreich.

auf S. 14f). Oder man denkt an China: «Seit mehreren Jahren präsentiert sich das Land als Gegenmodell zum westlichen liberalen Modell und schlägt eine neue Definition der Pressefreiheit vor. In Chinas Gefolge stellt eine Reihe von Ländern die Pressefreiheit, wie sie von den Vereinten Nationen definiert ist, infrage», sagt Denis Masméjan.

Im Vergleich mit autoritären Regierungen sind in Demokratien die Eingriffe in die Medienfreiheit «versteckter und gemeiner», sagt Arnaud Mercier, der auch im Westen eine deutliche Verschlechterung beobachtet. So habe sich in Italien die Einflussnahme der Regierungspartei auf die öffentlich-rechtlichen Sender verstärkt, seit Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ihr Amt antrat. Im März 2023 stürmte die Polizei die Redaktion der Tageszeitung «Domani», um einen Artikel über den Unterstaatssekretär Claudio Durigo zu beschlagnahmen. Die Beeinflussung der Medien durch die Regierung hat in Italien zwar Tradition, doch sahen sich am 6. Mai 2024 die Journalist*innen des öffentlich-rechtlichen Senders Rai genötigt zu streiken, weil sie befürchteten, dass die rechtsextreme Partei Melonis den Sender zu einem «Megafon der Regierung» machen wolle. Eine geplante Reform des Verleumdungsgesetzes in Italien beunruhigt Reporter ohne Grenzen zurzeit besonders: «Die Bestimmungen über Verleumdung sehen vor, dass dieses Vergehen mit einem sechsmonatigen Berufsverbot bestraft werden kann», sagt Denis Masméjan. «Die Reform hat eine abschreckende Wirkung und ist nicht mit der Pressefreiheit vereinbar.»

Auch in Frankreich besteht die Gefahr, dass Gesetzesänderungen die Arbeit von Journalist*innen behindern. So wurden die Gesetze zum Geschäftsgeheimnis verschärft, nachdem die Investigativ-Abteilung von Radio France Verträge zwischen der französischen Armee und einem Lufttransportunternehmen enthüllte. «Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen ist mittlerweile dem Quellenschutz gleichgestellt und ermöglicht es Unternehmen, gegen Journalist*innen strafrechtlich vorzugehen», sagt Arnaud Mercier. «Die Abschaffung der Rundfunkgebühren stellt ebenfalls ein grosses Problem dar, denn damit sind öffentlich-rechtlichen Sender dem politischen Druck ausgesetzt, da sie ihre Finanzierungsgarantien verlieren», ergänzt Denis Masméjan.

Auf dem Weg zur Polarisierung | Populismus, Fake News, Zensur unter dem Deckmantel der Sicherheit oder des Kampfes gegen den Terrorismus – dies alles hat das Image von Medienschaffenden beschädigt. Weit weg sind die Zeiten, als Journalist*innen Respekt entgegengebracht wurde – wie den beiden Journalisten Bob Woodward und Carl Bernstein, die in den 1970er-Jahren den Watergate-Skandal enthüllten und als Helden gefeiert wurden. Watergate leitete je-

doch auch den Niedergang des Pluralismus in den amerikanischen Medien ein. «Die drohende Amtsenthebung von Präsident Richard Nixon führte in konservativen Kreisen zu einer kritischen Haltung gegenüber den Medien: Wenn die vierte Gewalt einen Präsidenten zum Rücktritt zwingen kann, muss man ihr die Flügel stützen, hiess es», sagt Arnaud Mercier. Indem die amerikanische Rechte dem gesamten Berufsstand eine liberale Haltung vorwarf und Journalist*innen pauschal als «Linke» abstempelte, wurden die Medien zusehends stärker diskreditiert. Ausserdem kauften die Konservativen in den 1980er- und 1990er-Jahren bestehende Titel auf oder investierten in die Gründung neuer Medien wie der «New York Post», eines Boulevardblatts, das der «New York Times» Konkurrenz machen sollte. Auch viele lokale Radiosender gingen in konservative Hände über.

«Das Phänomen ist auch in Europa zu beobachten, wo die Hardliner der Rechten glauben, dass sie eine «Meinungsschlacht» gegen die Medien führen müssten, die traditionell linke Ideen verbreiten würden», sagt Arnaud Mercier. Dieser Kampf um die Meinungsführung hat auch in Europa zur Folge, dass die Medien von einer Handvoll Akteur*innen aufgekauft werden, die damit an Einfluss gewinnen wollen. Immer mehr Medienhäuser fokussieren ihre Kernarbeit in der Folge statt auf die Vermittlung von Informationen auf die Meinungsbildung, wodurch sie näher an politische Parteien rücken und ihre Unabhängigkeit ein Stück weit aufgeben. Dieses Phänomen beunruhigt Denis Masméjan: «Die Medienkonzentration ist für die Pressevielfalt sehr bedenklich. Denn so entwickelt sich auch in soliden Demokratien eine Verschiebung von der Information zur Kommunikation.»

Befreiung von wirtschaftlichen Zwängen |

Mit dem Aufkommen der digitalen Medien verloren die Printmedien an Bedeutung: Ihre Auflage ist rückläufig, die Werbeeinnahmen ebenfalls. Viele kleinere Titel verschwinden, weil sie sich nicht mehr finanzieren können, oder werden zur Beute von privaten Interessen oder grossen Medienkonglomeraten.

Nicht alle Käufer*innen verwandeln ihre Titel jedoch in ein persönliches Forum. Seit Amazon-Chef Jeff Bezos 2013 die «Washington Post» gekauft hat, hat er sich kaum in die redaktionelle Linie der Zeitung eingemischt. «Angesichts der wirtschaftlichen Zwänge gibt es mehrere Initiativen, die auf juristischem Weg versuchen, die Medien zu stärken», sagt Arnaud Mercier. «Le Monde» versucht beispielsweise, ein Veto der Journalist*innen bei Entscheidungen ihrer Chefredaktor*innen zu ermöglichen oder ihnen Stimmrechte einzuräumen, damit sie sich zu Plänen der Aktionär*innen äussern können. |

Ins Exil gezwungen

Russische Journalist*innen, die nicht auf Kreml-Linie berichten, leben gefährlich – auch im Ausland. Trotz grossen Herausforderungen tun sie auch im Exil alles dafür, die russische Öffentlichkeit weiter informieren zu können.

Von Tigran Petrosyan

«**W**er versucht, dem Mutterland zu schaden, wird ausserhalb des Landes sterben wie der letzte Hund.» Diese Worte stammen vom russischen Abgeordneten Andrej Lugowoi und richten sich gegen alle kremlkritischen Stimmen und ganz besonders gegen russische Exil-Journalist*innen.

Seit dem Angriff auf die Ukraine 2022 mussten zahlreiche Journalist*innen Russland verlassen, weil sie durch ihre Arbeit in Gefahr gerieten. Aus dem Exil heraus versuchen sie seither, ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben und der staatlichen Propaganda und Zensur etwas entgegenzusetzen.

Doch der Kreml führt die Verfolgung von unabhängigen Medienschaffenden mit harten Mitteln weiter – sowohl in Russland als auch im Ausland. Auch die Infrastruktur von Medien wird immer wieder angegriffen.

Im Februar 2024 unterzeichnete Wladimir Putin ein neues Gesetz, welches die Beschlagnahme des Eigentums von Personen ermöglicht, die «Falsch-Informationen über die russische Armee» verbreiten oder «durch Aufrufe die nationale Sicherheit Russlands gefährden». Im März trat dann ein weiteres Gesetz in Kraft, das es Unternehmen verbietet, Werbung auf Webseiten, in sozialen Medien oder auf anderen digitalen Plattformen zu platzieren, die von «ausländischen Agenten» betrieben werden. Diese Regelung wird weitere unabhängige russische Medien und Blogger*innen ins Exil zwingen, oder sie werden ihre Aktivitäten einstellen müssen. Wer gegen das Gesetz verstösst, muss mit Geldstrafen von bis zu 500 Euro für Einzelpersonen und 3000 Euro für Unternehmen rechnen, in einigen Fällen drohen sogar Haftstrafen. Die Auswirkungen des Gesetzes sind bereits spürbar.

Tigran Petrosyan ist freier Journalist mit Schwerpunkt Osteuropa.

Ende Februar erklärte eine der renommiertesten kritischen Journalistinnen des Landes, Katerina Gordeeva, dass sie aufgrund der Vorschriften gezwungen sei, ihren beliebten YouTube-Kanal mit 1,66 Millionen Abonnent*innen einzustellen. Bereits kurz nach Beginn der Invasion in der Ukraine wurde sie als «ausländischer Agent» eingestuft.

Exil-Medien in Not | Die Finanzierung stellt eine der grössten Herausforderungen für alle Medien im Exil dar: Sie sind stark auf internationale Hilfe angewiesen, um ihre Arbeit fortzusetzen und unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten. In Berlin wurde im April 2022 eine internationale Schnittstelle geschaffen: Der JX Fund hat seit seiner Gründung 55 Medien mit Journalist*innen in 25 Ländern beim Wiederaufbau ihrer Redaktionsstrukturen im Exil unterstützt. Insgesamt konnten so bislang mehr als 1600 Journalist*innen, darunter 1070 aus Russland, ihre Arbeit fortsetzen.

«Die russischen Exilmedien beschäftigen sich sehr intensiv damit, wie sie ihre Zielgruppen im Heimatland weiter erreichen können – trotz aggressiver Kreml-Propaganda, blockierten Websites und starker Nachrichtenmeidung in der Bevölkerung», sagt Polina Stretter, Leiterin der Programmentwicklung des JX Fund. «Gleichzeitig suchen sie permanent nach Strategien, um ihre Finanzierung aufrechtzuerhalten und ihre Teams weiterhin bezahlen zu können. Dabei müssen sie auch mit der emotionalen Erschöpfung der Kolleg*innen und leider selbst im Exil mit Bedrohungen umgehen.»

In der Zeit zwischen April 2022 und Dezember 2023 habe der JX Fund Exilmedien aus Russland, Belarus und der Ukraine mit 6,5 Millionen Euro unterstützt, direkt durch Grants wie auch in Form von Beratung, Weiterbildung, Vernetzung und Infrastruktur. «Die russische Exil-Medienszene hat grosse Anerkennung verdient», sagt Polina Stretter. «Die Medien sind sehr professionell und kreativ und finden Lösungen für die meisten Herausforderungen. Das ist allerdings ein sehr harter Kampf.»



Umgehung der Zensur | Nur wenige Monate nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 öffnete der lettische Media Hub in Riga seine Türen für geflüchtete russische Journalist*innen und ihre Familien, für die diese Institution zu einer der wichtigsten Anlaufstellen wurde. Zugang zu den Ressourcen des Medienzentrums haben sowohl grosse russische Exilmedien wie die Onlineplattform «Meduza», der TV-Sender Doschd und die Zeitung «Novaya Gazeta Europa» als auch kleine regionale Online-Medien.

«Meduza» ist das grösste Oppositionsmedium im Exil. Mit der Meduza Mobile App können die Sperren der russischen Behörden umgangen werden. Mehr als eine Million Follower*innen folgen «Meduza» auf Instagram und Telegram. Nach eigenen Angaben lesen 5 802 000 Menschen das Medium online und in der App.

Um die Exilmedien konsumieren zu können, installieren die Leser*innen in Russland VPN – verschlüsselte und anonymisierte Verbindungen –, um auf die Webseiten der in Russland blockierten Medien zu gelangen. Oder sie verwenden mobile Apps wie diejenige von «Meduza». Ausserdem verschicken oppositionelle Medienschaffende Nachrichten per E-Mail. Telegram und Youtube sind im Gegensatz zu Instagram in Russland weiterhin zugänglich und werden von vielen Exilmedien und Blogger*innen genutzt.

Im Exil entstehen aber auch neue Medien. So haben sich

freie Journalist*innen aus unterschiedlichen Regionen Russlands zusammengeschlossen und «Novaja Wkladka» gegründet, wo unter anderem über das russische Leben im Baltikum berichtet wird. Andere neu gegründete russische Medien berichten über die und aus den russischen Regionen, und tschetschenische Journalist*innen schreiben im Online-Magazin «New Dosh» mit einem Fokus auf die kaukasischen Republiken der Russischen Föderation.

Genauere Überprüfungen | Eine sehr wichtige Aufgabe für alle Exilmedien besteht darin, für die Leser*innen in Russland relevant und glaubwürdig zu bleiben. Die Verifizierung des Wahrheitsgehalts von Informationen ist ein anspruchsvoller und zeitaufwendiger Teil der Arbeit. «Wir müssen Informationen viel sorgfältiger und akribischer überprüfen», sagt Ivan Kolpakov, der Chefredaktor von «Meduza». «Wir sind aber daran gewöhnt: Die Propagandamaschinerie wird seit zwei Jahrzehnten ausgebaut und verfestigt. So lassen sich zum Beispiel auch aus offiziellen Quellen viele wertvolle Daten gewinnen, wenn man sie nur ständig beobachtet und vergleicht.»

So ist denn auch der Datenjournalismus ein Schwerpunkt von «Meduza». «Es gibt eine Menge offener Daten, die wir untersuchen, ebenso wie Statistiken und Social-Media-Inhalte», sagt Kolpakov. «Wir haben Quellen in praktisch allen russischen Behörden und auf allen Regierungsebenen, von Gemeinden bis hin zur Präsidentschaftsverwaltung. Ausserdem führen wir ständig Realitätschecks durch, indem wir sowohl mit unseren Leser*innen als auch mit unabhängigen Expert*innen, die noch in Russland leben, darüber sprechen, wie und wüber wir berichten.»

Das Team von «Meduza» stütze sich auf ein grosses Netzwerk sogenannter Guerilla-Reporter*innen – eine Form des partizipativen Journalismus oder Bürgerjournalismus, bei dem die Zivilgesellschaft aktiv in den Prozess der Recherche und der Berichterstattung einbezogen wird. «Es gibt freie Mitarbeiter*innen und mitwirkende Personen, die in Russland völlig anonym und unter sehr hohen persönlichen Risiken arbeiten. Deshalb werden ihre Namen streng geschützt. Jede Person könnte ins Gefängnis kommen, wenn sie mit «Meduza» zusammenarbeitet.»

Die kremkritische Zeitung «Novaya Gazeta» wurde in Russland auf Druck der Behörden eingestellt. Seit 2022 erscheint «Novaya Gazeta Europa» in Lettland.



© Toms Kalnins/EPA/Keystone

Im Dienste des Staates

In Israel wird das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza in den Medien kaum gezeigt. Die Medienschaffenden stellen sich aber nicht erst seit dem 7. Oktober in den Dienst der Regierung.

Von Eyal Lurie-Pardes

Seit dem 7. Oktober dominieren Bilder aus Gaza die Medien weltweit, wir sehen flüchtende Palästinenser*innen, Menschen, die ihre Verwandten unter Schutthaufen ausgraben, Kinder, die nach Wasser und Nahrung suchen.

Doch diese Bilder sieht man in Israel kaum; die meisten Nachrichtenkanäle sprechen nicht über die getöteten Palästinenser*innen und darüber, dass es sich dabei meist um Kinder und Frauen handelt. Stattdessen werden immer neue brutale Details zum Angriff vom 7. Oktober, Testimonials von Überlebenden und Berichte von Soldat*innen veröffentlicht.

Dass israelische Medien über die Ereignisse in Gaza fast ausschliesslich im Kontext des 7. Oktober berichten, ist eine bewusste Entscheidung. Sie ist bis zu einem gewissen Grad auch sehr verständlich: Der Angriff der Hamas war vielleicht die grösste Katastrophe in der Geschichte Israels. Am tödlichsten Tag für das jüdische Volk seit 1945 wurden mehr als 1200 Israelis getötet und 243 als Geiseln nach Gaza verschleppt, die meisten von ihnen Zivilist*innen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Staates eroberte ein Feind vorübergehend israelisch kontrolliertes Gebiet. Die jüdischen Israelis haben dieses nationale Trauma noch nicht verarbeitet und müssen daher ihr Sicherheitsgefühl erst wiedererlangen. Die Nachrichtensender versorgen die Öffentlichkeit somit nicht nur mit einem bestimmten Narrativ, sondern spiegeln auch die öffentliche Stimmung.

Dennoch haben die israelischen Medien und insbesondere die Fernsehkanäle in den letzten Monaten viel mehr getan: Sie haben begonnen, sich als Verkörperung des israelischen Patriotismus zu positionieren. Sie definieren, was im öffentlichen Interesse liegt, und ziehen die Grenzen des

politischen Diskurses. Dies dient sowohl ihren eigenen kommerziellen Interessen als auch den von der Regierung und dem Militär erklärten nationalen Zielen. Dabei bewegen sie sich auf einem schmalen Grat zwischen Propaganda und Journalismus.

Veränderte Medienlandschaft | Bis in die 2000er-Jahre wurden die Fernsehnachrichten in Israel vor allem durch öffentlich-rechtliche Sender verbreitet, die durch eine säkulare, liberale Elite kontrolliert wurden. Nur selten wurde die israelische Besatzung, die Siedlerbewegung oder Fehlverhalten der Sicherheitskräfte thematisiert. Ähnlich verhielten sich die Printmedien – mit Ausnahme der linken Zeitung «Haaretz», die aber im Inland nur etwa 5 Prozent der Zeitungsleser*innen erreicht.

In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich die Medienszene jedoch komplett polarisiert: Der eine Pol ist offen rechtsgerichtet, der andere bezeichnet sich strikt als zentristisch, weil er fürchtet, als zu links wahrgenommen zu werden. Der allgemeine Rechtsrutsch in der Gesellschaft spiegelt sich vor allem in den Mainstream-Medien: Es finden sich immer mehr Journalist*innen mit einer rechtsgerichteten, religiösen Haltung in den Redaktionen, viele von ihnen sind Siedler*innen. Oren Persico vom unabhängigen Magazin «The Seventh Eye» sagt: «Selbst auf den Mainstream-Kanälen werden jetzt aufrührerische Aussagen, die früher nur in Flugblättern religiöser zionistischer Synagogen zu lesen waren, von prominenten Redaktor*innen und Journalist*innen geäussert.» Der Trend zur Polarisierung ist sogar noch deutlicher auf Kanal 14 – einem durch das Kommunikationsministerium unter Benjamin Netanjahu umgewandelten TV-Sender, der nun an Fox News erinnert. Hier lässt man Korrespondent*innen ausführlich für eine Wiedererrichtung von Siedlungen in Gaza sprechen und verbreitet Netanjahus Positionen. In diesem nationalistischen Klima wird also kaum über die Verwüstungen im Gazastreifen berichtet. Einige Journalist*innen bezweifeln gar, dass solche Berichte richtig wären, da sie der nationalen Moral schaden könnten.

Eyal Lurie-Pardes ist ein israelischer Menschenrechtsanwalt und zurzeit Gastwissenschaftler am Middle East Institute in Washington. Zuvor arbeitete er für Menschenrechtsorganisationen in Israel und war parlamentarischer Berater in der Knesset, dem israelischen Parlament. Lurie-Pardes war ausserdem drei Jahre im Vorstand von Amnesty Israel.

Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Artikels, der zuvor im Magazin «+972» erschienen ist.

Die Armee als Quelle | Alle grossen Nachrichtensender stellen Israel als das ultimative Opfer dar – ein Status, der wenig bis gar keinen Raum für das Leiden der Palästinenser*innen in Gaza zulässt. Wenn, dann wird die Verantwortung grundsätzlich der Hamas zugeschoben.

Es überrascht nicht, dass die enge Zusammenarbeit zwischen den israelischen Medien und dem Militär zu mehreren blinden Flecken bei der Berichterstattung führt. Die meisten Auslandskorrespondent*innen haben den Gazastreifen zu ihrer eigenen Sicherheit verlassen, das Bombardement und die zeitweiligen Strom- und Netzwerkausfälle behindern ausserdem die Berichterstattung lokaler palästinensischer Journalist*innen. Als die Bodenoffensive im Gazastreifen voranschritt, erlaubte die israelische Armee einigen Journalist*innen den Zugang zum Gazastreifen – aber nur in Begleitung. Das bedeutet, dass die Journalist*innen Palästinenser*innen nicht selbst interviewen oder zerstörte Orte betreten konnten. Sie sahen nur das, was ihnen vorgesetzt wurde.

Doch der Einfluss des Militärs geht weit über die Kontrolle des Zugangs zu Informationen hinaus. In den ersten drei Monaten des Krieges hielt der Sprecher der israelischen Verteidigungskräfte (IDF), Daniel Hagari, täglich zur Hauptsendezeit Pressekonferenzen ab, die auf allen Kanälen live übertragen wurden. Diese Pressekonferenzen gaben der Armee die Kontrolle über die Berichterstattung. Darüber hinaus stützen sich Militärkorrespondent*innen weitgehend auf die israelische Armee als Hauptquelle.

Dies ist kein neuer Trend. Schon vor dem Krieg wurden Erklärungen der IDF oft wörtlich veröffentlicht, ohne zu erwähnen, dass das Militär die einzige Informationsquelle war. Dies ist zum Teil auf den Werdegang vieler Journalist*innen zurückzuführen: Sie erhielten während ihres Militärdienstes eine hoch geschätzte Ausbildung beim israelischen Armeeradio und nicht an Universitäten oder bei lokalen Zeitungen. Oren Persico betont die Bedeutung dieses Hintergrunds: «Generationen von Journalist*innen sind unter dieser militärischen Aufsicht beruflich herangereift und haben gelernt, dass gewisse Dinge nicht veröffentlicht werden können.» Dies hat im Laufe der Zeit die grundlegende Vorstellung von journalistischer Unabhängigkeit erschüttert.

Falsche Narrative | Die israelischen Medien tragen somit dazu bei, ein völlig falsches Bild des Krieges zu zeichnen. Besonders beunruhigend ist, dass sie eine aktive Rolle bei der Entmenschlichung der Palästinenser*innen übernehmen. Kanal 14 hat immer wieder abscheuliche Ansichten verbreitet – wie die Forderung nach der Vernichtung des Gazastreifens und die Bezeichnung aller seiner Bewohner*innen als Terrorist*innen und legitime Ziele. Diese Art von Äusse-

rungen sind keine Ausnahmen, sondern kommen auch in den Hauptnachrichten vor. Über die Zahl der palästinensischen Opfer wird kaum berichtet, und zwar mit dem Argument, man könne den Zahlen des von der Hamas geführten Gesundheitsministeriums in Gaza nicht trauen – obwohl auch die israelische Armee selbst sie verwendet.

Während die israelischen Mainstream-Medien die Argumente der Regierung verstärken, konzentrieren sich die internationalen Medien derzeit viel stärker auf das Ausmass der Zerstörung im Gazastreifen und deren Zusammenhang

© Amir Cohen/REUTERS



Der israelische Militärsprecher, Flottenadmiral Daniel Hagari, ist mehr als nur die Stimme der israelischen Armee.

mit der langfristigen Unterdrückung der Palästinenser*innen. Gleichzeitig wird weltweit stark bezweifelt, dass Israels Kriegsziele überhaupt realisierbar sind. In den Medien Israels gibt es diese Zweifel jedoch kaum. |

Die israelischen Medien haben begonnen, sich als Verkörperung des israelischen Patriotismus zu positionieren.

Zwischen Nähe und Distanz

Als Journalist*in ausgewogen aus dem Ausland zu berichten, ist nicht immer einfach. Viele Akteur*innen versuchen, die Berichterstattung zu beeinflussen – teils auch mittels Bestechung. Wie ist es dennoch möglich, aus repressiven Ländern zu berichten, ohne die Protagonist*innen in Gefahr zu bringen?

Von Florian Wüstholz

Bozkurt im März 2022. In der türkischen Kleinstadt am Schwarzen Meer sind die Strassen voller Schlamm, und in den Häuserzeilen klaffen Löcher, verursacht von der Sturmflut, die vor sieben Monaten die Stadt verwüstete. Innert Sekunden stieg am 11. August 2021 der Pegel des Flusses Ezine um mehrere Meter. Häuser stürzten ein und wurden weggeschwemmt. Viele der rund 5000 Einwohner*innen entkamen den Fluten nur mit viel Glück. Offiziell starben 81 Menschen an diesem Tag. Hunderte weitere werden auch Monate später noch vermisst.

Martin, ein befreundeter Reportagefotograf, und ich befinden uns an diesem Märznachmittag auf einer mehrmonatigen journalistischen Fahrradreise. Wir wollen die Folgen der Klimaerhitzung und die grassierende Umweltzerstörung in verschiedenen Ländern zwischen Bern und Teheran dokumentieren – nach knapp viertausend Kilometern haben wir das Rathaus von Bozkurt erreicht.

Dort empfängt uns der AKP-Bürgermeister, von dem wir wissen wollen, wer an der Flutkatastrophe schuld war und ob man sie nicht hätte verhindern können. Hinter uns läuft der Fernseher. An der Wand hängt ein Portrait von Recep Tayyip Erdoğan. Für die Übersetzung ist ein Lehrer der lokalen Grundschule zu uns gestossen. Während des Gesprächs macht ein Fotograf Bilder – offenbar soll der Besuch der «Fahrradjournalisten aus der Schweiz» festgehalten werden. Nach vielen nichtssagenden Antworten will uns der Bürger-

meister zum Abschied ein Geschenk überreichen und mit uns ein Selfie machen. Das Geschenk können wir höflich ablehnen – in unseren Fahrradtaschen hat es keinen Platz. Das Selfie lassen wir über uns ergehen.

Bei Aktivist*innen zuhause | Es ist nicht das erste Mal, dass ich mir auf dieser Reise Gedanken über Nähe und Distanz zu Protagonist*innen unserer Reportagen mache. Wenige Wochen zuvor besuchten wir Umweltaktivist*innen in der Westtürkei, die seit Monaten gegen eine geplante Goldmine protestierten. Wir übernachteten in ihren Zimmern, wurden bekocht und umsorgt. Das erzeugt das Vertrauen, von dem Recherchen leben. In Thessaloniki überliess uns ein Interviewpartner für eine Nacht seine winzige Wohnung. In Sarajevo oder Norditalien wurden uns Schlafplätze bei Bekannten vermittelt – Dinge, die man auf einer anstrengenden Fahrradreise im Winter gerne annimmt. Wie bleibe ich in solchen Situationen unabhängig?

Noch drängender ist die Frage: Wie schütze ich Protagonist*innen in Ländern, deren Regierungen die eigene Bevölkerung kontrollieren und bedrohen? In der Türkei sprechen wir mit Menschen, die für ihren Aktivismus bestraft wurden, aber auch mit Wissenschaftler*innen, die lieber nicht ins Visier der Behörden geraten würden. Sie berichten anonym oder legen grossen Wert darauf, ihre Aussagen zu kontrollieren.

Als Martin allein durch den Iran reist und ich mangels Visum von der Schweiz aus recherchiere, kommuniziere ich mit einem Umweltaktivisten nur über verschlüsselte Messenger und notiere mir elektronisch keine Namen. In der Rangliste der Pressefreiheit liegt der Iran auf dem fünfletzten Platz. Im Januar 2018 wurden dort etliche Naturschützer*innen inhaftiert und der Spionage verdächtigt. Im Gefängnis wurden sie gefoltert und später ohne faire Verfahren zu langen Haftstrafen verurteilt. Reporter ohne Grenzen rät dazu, in repressiven Ländern möglichst wenig digitale Spuren zu hinterlassen, Telefonnummern nur mit Alias zu speichern und Anruflisten zu löschen.

Zur Sicherheit schickt mir Martin aus dem Iran immer wieder Bilder in die Schweiz und löscht sie dann auf seinen Kameras und Speicherkarten, um Menschen zu schützen, sollte er kontrolliert werden. Als er mehr über die Trockenheit am Urmiasee erfahren will, sucht er Kontakt zu einem Wissenschaftler. Doch über die Wasserkonflikte und staatliche Fehler zu sprechen, ist gefährlich. 2011 wurden im Zu-

Florian Wüstholz ist freier Journalist und schreibt für unterschiedliche Schweizer Medien, unter anderem die WOZ, die «Republik» und den «Beobachter». Aus seiner Reportagereise mit dem Fotografen Martin Bichsel ist 2024 das Buch «Hoffen bleibt erlaubt» entstanden.

sammenhang mit Kundgebungen für die Rettung des ehemals sechstgrössten Salzsees der Erde mehrere Hundert Menschen inhaftiert, gefoltert und verurteilt. Es erstaunt uns nicht, dass der Forscher nach einigen Nachrichten ablehnt.

Freiheit in der Abwärtsspirale | Wie können wir Medienschaffende ohne Angst vor Konsequenzen berichten? Als Journalisten aus der Schweiz geniessen wir Privilegien. Und als Fahrradreisende bleiben wir – zum Beispiel an Grenzübergängen – weitgehend unter dem Radar.

Für freie Journalist*innen stehen auch andere Fragen im Vordergrund: Wie komme ich in einer sich in der Abwärtsspirale befindend Branche finanziell über die Runden? Wie finanziere ich Recherchen, deren Resultate völlig offen sind? Darf ich mich von NGOs oder Unternehmen zu Pressereisen einladen lassen? «Für mich sind solche Reisen eine Möglichkeit, in abgelegene Regionen zu gelangen und über die NGO mit Menschen in Kontakt zu kommen, die sonst schwierig zu finden wären», sagt Philipp Lichterbeck. Er arbeitet in Brasilien und Lateinamerika als freier Reporter und berichtet über Umweltprobleme. «Klar werde ich dadurch unter Umständen auch zu einem Vertreter der Interessen einer NGO», gesteht er. «Aber viele Reisen bezahlt dir keine Zeitungsredaktion mehr. Ich war beispielsweise mit einer NGO in Kolumbien bei Kaffeebauern, die CO₂-Zertifikate verkauften. Viele meiner Kund*innen druckten die Geschichte, konnten oder wollten die Reise aber nicht finanzieren. Also liess ich mich von der NGO einladen, die eine Pressereise organisierte.»

Umso wichtiger sei es, der journalistischen Grundpflicht nachzukommen. Egal, ob im In- oder Ausland, egal, ob NGOs

Reisekosten übernehmen, Kontakte vermitteln oder Aktivist*innen Übernachtungen anbieten: «Ich darf nichts schönfärben, muss auch negative Aspekte wiedergeben», sagt Lichterbeck. «Im Fall der Kaffeebauern etwa die Kritik, die es am Handel mit CO₂-Zertifikaten gibt, oder dass das Programm nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist.» Es sei selbstverständlich, die Finanzierung einer Pressereise transparent zu machen und allfällige Einschränkungen oder Instrumentalisierungsversuche für die Leser*innen verständlich zu machen.

Das bestätigt Meret Michel, die seit 2018 als freie Journalistin vom Libanon aus über den Nahen Osten berichtet. Sie betont, dass es für NGOs oder Politiker*innen ja auch legitim sei, zu versuchen, die eigenen Positionen und Narrative in die Öffentlichkeit zu bringen. «Ich mache mir dabei immer bewusst, welche Interessen und Hintergründe eine Auskunftsperson hat», sagt Michel. «Ich muss aber auch beachten und transparent machen, wenn Menschen in gewissen Situationen nicht frei sprechen können. Manche zensieren sich im Gespräch selbst, wenn eine Aufsichtsperson oder eine Übersetzerin dabei ist, die von den Behörden mitgeschickt wurde.»

Zurück zum Selfie von Bozkurt. Nicht immer können wir uns unterwegs aussuchen, mit wem wir fotografiert werden. Aber solche Bilder gehören zum Beruf, sie gehören zum Anstand. Es liegt an uns, zu zeigen, dass die Nähe auf dem Bild nicht bedeutet, dass wir den Menschen selbst nahestehen – oder gar ihren Ideen oder ihrer politischen Zugehörigkeit. Wir halten Distanz und strahlen nicht in die Kamera. Und sich dann wieder auf die Fahrräder zu schwingen, selbst wenn wir uns gegen Schneeestöber wehren müssen, ist wie eine kleine Erlösung. |



Florian Wüstholtz im Gespräch mit türkischen Aktivist*innen, die erfolgreich eine Goldmine bekämpft haben. Martin Bichsel fotografiert die Szene.

Distanz wahren: Im Büro des Bürgermeisters wird Florian Wüstholtz herzlich empfangen – fast zu herzlich.



© Martin Bichsel



Wenn Medien zu Hass anstacheln

Eigentlich haben die Medien die Pflicht, Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und Rechenschaft zu fordern. Doch immer wieder kommt es vor, dass sie selbst die Menschen aufwiegeln und gar zu Gewalttaten auffordern. Hass in den Medien ist weit verbreitet. Doch es gibt auch positive Entwicklungen.

Von Natalie Wenger

«**N**i Izihe Ntwaro Tuzakoresha Kugira Ngo Dutsinde Inyenzi Burundu?» Welche Waffen sollen benutzt werden, um die «Inyenzi» ein für alle Mal zu besiegen, fragt die Überschrift auf der Frontseite der 26. Ausgabe des ruandischen «Kangura»-Magazins und ruft damit offen zu Hass und Gewalt gegen die Tutsi auf. Diese werden hier als Inyenzi bezeichnet, was so viel bedeutet wie Kakerlaken.

Das war 1994 kein Einzelfall: Auch im ruandischen Radiosender Radio Télévision Libre des Mille Collines (RTLM) riefen die Moderator*innen gezielt dazu auf, Tutsi und moderate Hutu zu ermorden, und veröffentlichten gar Listen mit Namen von Personen, die getötet werden sollten. Dies hatte schreckliche Folgen: In der Zeit von Anfang April bis Mitte Juli 1994 wurden bis zu einer Million Menschen getötet, zumeist Angehörige der Tutsi-Minderheit.

«Hassmedien spielten eine Schlüsselrolle bei der Anstiftung zum Völkermord in Ruanda», schrieb Mathias Ruzindana, der für den im November 1994 von der Uno eingerichteten internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) arbeitete, in einem 2012 veröffentlichten Buch zum Genozid in Ruanda. «Im Fall des Völkermords in Ruanda war die Wirkung der Sprache tödlich», sagte Ruzindana. Diesem Urteil schloss sich auch der ICTR an.

2003 wurden der Verantwortliche des Senders RTLM, Ferdinand Nahimana, dessen Geschäftsführer Jean-Bosco Barayagiza und der Gründer und Herausgeber von «Kangura», Hassan Ngeze, wegen Völkermordes, Anstiftung zum Völkermord und Verfolgung verurteilt. Die Verurteilung wegen

Völkermordes wurde in der Berufung aufgehoben, das ursprüngliche Urteil wurde jedoch weitgehend beibehalten. Der Medienprozess war ein Präzedenzfall: Zum ersten Mal wurden Medienverantwortliche wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch einen internationalen Strafgerichtshof verurteilt.

Das Beispiel aus Ruanda zeigt ein Muster: In Hassreden werden die anvisierten Personengruppen immer stärker entmenschlicht. Damit sinkt die Hemmung gegenüber Gewalt und Einschüchterung. Es müssen aber nicht direkte Aufforderungen zur Gewalt sein, auch Falschmeldungen und Lügen können schon Wirkung zeigen: So haben Lügen in Medienprodukten während der Balkankriege 1991 bis 2001 zur Eskalation des Konfliktes beigetragen. Mehrere der für das Massaker von Vukovar Verantwortlichen, bei dem 1991 mehr als 250 kroatische Zivilpersonen und Kriegsgefangene getötet worden waren, sagten vor Gericht aus, dass bestimmte Medienberichte sie zu den Straftaten angestiftet hätten. Tatsächlich verbreitete der serbische Rundfunk nur wenige Tage davor die Nachricht, dass kroatische Streitkräfte 41 serbische Kinder im Alter von vier bis sieben Jahren ermordet hätten. In einem abendfüllenden Programm kamen mehrere Zeug*innen zu Wort, die berichteten, die Leichen der Kinder gesehen zu haben. Die Geschichte entpuppte sich später als falsch.

Stereotype werden verstärkt | Eigentlich verpflichten sich Nachrichtenmedien, Regeln zur journalistischen Ethik und zu journalistischen Standards einzuhalten.



Der ehemalige Fox-News-Moderator Tucker Carlson ist bekannt dafür, sich über Menschenrechtsverletzungen lustig zu machen. Im Gespräch mit Wladimir Putin kritisierte er die westliche Unterstützung der Ukraine.

Seit 2004 ein Strassenfeger:

Schauspieler*innen nehmen eine beliebte Seifenoper auf, die zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Ruanda eingesetzt wird.

Die Berufsregeln verpflichten Journalist*innen, die Wahrheit zu suchen, Schaden zu minimieren, unabhängig zu handeln und rechenschaftspflichtig und transparent zu sein.

Nicht alle Journalist*innen halten sich jedoch an diese Regeln. Der ehemalige Fox-News-Moderator Tucker Carlson etwa nutzte seine Primetime-Show, um Millionen von Zuschauer*innen in den USA mit antisemitischen, rassistischen und queerfeindlichen Aussagen zu überschütten und sich gegen Menschenrechte auszusprechen. Als entschiedener Gegner der Black-Lives-Matter-Bewegung argumentierte er oft mit rassistischen Vorurteilen, um Gewalt und Diskriminierung gegen Schwarze Amerikaner*innen zu rechtfertigen. Carlson wurde zu einer führenden Stimme des rechten Amerikas – und hat immer wieder die Stimmen von *weissen* Nationalist*innen verstärkt.

Indem sich die Medien oft an Mehrheiten orientieren, tragen sie dazu bei, stereotype und diskriminierende Bilder von Minderheiten zu festigen – etwa von Asylsuchenden oder Menschen, die mit einer Behinderung leben. Eine Analyse der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) aus dem Jahr 2022 zeigt, dass es immer wieder zu Diskriminierungseffekten in der Berichterstattung der Schweizer Medien kommt. Gerade bei der Berichterstattung über religiöse, nationale und ethnische Minderheiten liegt der Fokus tendenziell auf Kriminalität sowie auf Verhaltensweisen oder Kulturpraktiken, die als abweichend gelten. Dieses Framing (re)produziert und bestärkt laut der EKR negative Stereotype, was zu Stigmatisierung führen kann.

«Auch im Bereich der sexualisierten Gewalt neigen die Medien dazu, Vergewaltigungsmythen zu verbreiten und die Glaubwürdigkeit der Betroffenen infrage zu stellen. Immer wieder kommt es vor, dass die Folgen für die mutmasslichen Täter*innen besprochen werden, etwa, dass es ihrer Karriere schaden, ihr Leben zerstören könnte», sagt Cyrielle Huguenot, Frauenrechtsexpertin bei Amnesty Schweiz. «Die Folgen von sexualisierter Gewalt für die Betroffenen werden hingegen kaum thematisiert.»

Tatsächlich zeigen mehrere Analysen, dass diskriminierende Medienberichte Menschenrechtsverletzungen begünstigen

und dazu führen können, dass Hassreden plötzlich salonfähig werden. So kamen Forscher*innen der Universitäten in Harvard und Chicago zum Schluss, dass Tucker Carlson einen starken Einfluss auf die Bereitschaft der Zuschauer*innen hatte, minderheitenfeindliche Ansichten zu teilen. «Carlson ist sehr gut darin, Menschen Ausreden zu liefern, um Überzeugungen zu äussern, mit denen sie sich sonst unwohl fühlen würden», sagte Aakaash Rao, Co-Autor der Studie, gegenüber dem «Time-Magazin». «Er kann Ansichten legitimieren, die zuvor als extrem galten, und sie in den Mainstream bringen.»

Verantwortliche Medien schaffen | Doch es gibt auch Medienschaffende, die sich ihrer menschenrechtlichen Verantwortung bewusst werden. In Südafrika stellten viele Journalist*innen ihre Arbeit während der Apartheid in den Dienst der herrschenden Eliten. Nur wenige bezogen Stellung gegen die Unterdrückung der Schwarzen Bevölkerung, die sich vor ihren Augen abspielte. Doch im Gegensatz zu Journalisten wie Tucker Carlson, die mit ihren Hassreden regelrecht angeben, zeigten mehrere *weisse* Journalist*innen Reue und bekannten sich mitverantwortlich, ein System der Unterdrückung aufrechterhalten zu haben. Während des Prozesses der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) in den 1990er-Jahren entschuldigten sich 127 Journalist*innen für die Rolle, die sie während der Apartheidjahre gespielt hatten.

Mittlerweile gibt es verschiedenste Initiativen, die dem Hass in den Medien begegnen wollen. Die Kampagne #MediaAgainstHate der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF), die von 2016 bis 2018 lief, hatte das Ziel, Hassreden und Diskriminierung in den Medien zu bekämpfen und gleichzeitig die Meinungsfreiheit zu wahren. Mehrere grosse Medienhäuser beteiligten sich an der Kampagne und verpflichteten sich dazu, ihre Berichterstattung über Migrant*innen, Geflüchtete und religiöse Minderheiten zu verbessern und diskriminierende Publikationen zu unterbinden.

In der Schweiz bietet das Institut Décadrée seit 2018 Weiterbildungen zur medialen Darstellung sexualisierter Gewalt an und veröffentlicht Leitfäden mit dem Ziel, eine Berichterstattung zu fördern, die Betroffene respektvoll behandelt.

Und auch in Ruanda tut sich einiges: So werden heute Medien nicht mehr genutzt, um zu Gewalt anzustacheln, sondern vielmehr, um diese zu unterbinden. Sogenannte Friedensradios sind auf dem Vormarsch. International Alert Rwanda sendet jeden Donnerstag eine Folge des Radiodramas «Shirimpumu» (Deutsch: Entlastung für das Herz und den Geist), das versucht, den Genozid aufzuarbeiten und gleichzeitig einen Weg zur Heilung und Versöhnung aufzuzeigen. |



Kritik nicht erwünscht

Der unpopuläre venezolanische Machthaber Nicolás Maduro intensiviert vor den Wahlen vom kommenden Juli seine Kampagne gegen Kritiker*innen und schafft einen immer autoritäreren Staat. Menschenrechtsverteidiger*innen fürchten weitere willkürliche Festnahmen und Knebelgesetze. Von Sandra Weiss

Demonstrationen nur noch im Ausland risikofrei möglich:

Ein Anhänger der venezolanischen Oppositionsführerin María Corina Machado demonstriert in Bogotá (Kolumbien) für freie und faire Wahlen im Juli.

einem Stadtspaziergang durch Caracas aufgenommen und auf Youtube gestellt hatte. An einer Stelle hatte er sich über die hässliche Architektur mokiert, mit der Bemerkung, der Wolkenkratzer hinter ihm gehöre in die Luft gejagt. Zu dem Zeitpunkt seiner Anhörung mobilisierten sich Hunderte seiner fast zwei Millionen Fans im Netz und forderten seine Freiheit, der Fall schlug online hohe Wellen.

Der Untersuchungsrichter befand, Alejandro Bemerksung lasse nicht auf terroristische Absichten schliessen, und setzte ihn auf freien Fuss. Das Ganze ging glimpflich aus für Oscar Alejandro.

Sein Fall ist einer von vielen. Oppositionspolitiker*innen werden beschattet, Meetings von Schlägertrupps aufgelöst. Ein Rentner wurde von der Staatssicherheit festgenommen, weil er ein Video von einem engen Vertrauten des Machthabers Nicolás Maduro beim Strandurlaub publiziert hatte. Nach regierungskritischen Tweets des im Ausland lebenden Journalisten Orlando Avedaño durchsuchte die Staatssicherheit das Haus seiner Eltern in Caracas. Der Influencer Armando Sarmiento wurde wegen Aufstachelung zum Hass angeklagt, weil er seine Follower*innen gefragt hatte, was sie von der Aussage Maduros hielten, die venezolanische Stadt Coro sei besser als Chicago.

Auch im Exil nicht sicher | «Das hat System», sagt Rafael Uzcátegui, Menschenrechtsexperte und Koordinator des Friedenslaboratoriums in Caracas. «Die Regierung sendet die Botschaft an die Bevölkerung, dass Kritik nicht erwünscht ist und drastische Folgen haben kann. Überwachung und Angst haben ein noch nie dagewesenes Niveau erreicht. Wir alle bewegen uns wie auf rohen Eiern.»

Beginnen hat die Verfolgungswelle im August 2023. Die Gesamtzahl der Angriffe auf die Zivilgesellschaft stieg 2023 auf über 500, ein Drittel mehr als im Vorjahr, wie das Zentrum für Verteidigung und Justiz berichtet. Dutzende Oppositions-

politiker*innen und Aktivist*innen haben seither das Land verlassen.

Aber nicht einmal im Ausland sind sie sicher, wie der Fall von Ronald Ojeda zeigt. Der ehemalige Leutnant war 2017 wegen einer angeblichen Verschwörung gegen Maduro festgenommen worden. Ihm gelang jedoch die Flucht aus dem Gefängnis, und er erhielt in Chile Asyl. Doch selbst dort war er vor der Verfolgung von Maduros Regierung nicht sicher: Der 32-jährige Familienvater wurde im Februar 2024 von einem Kommando der venezolanischen Mafiagruppe Tren de Aragua ermordet. Der Befehl dazu kam nach Ermittlungen der chilenischen Staatsanwaltschaft aus Caracas. Die Verfolgung Andersdenkender erstreckte sich damit erstmals auch aufs Ausland.

Der Grund dafür sind die Wahlen Ende Juli. Für Maduro sehen die Umfragen nicht gut aus. Nur rund 20 Prozent Zustimmung genießt er – drei Viertel der Befragten hingegen wollen ihn loswerden. Deshalb hat das autoritäre Regime die Zügel angezogen. Im Januar 2024 rief Maduro die Operation «Bolivarischer Zorn» aus. Dieser werde alle ereilen, die in Mordkomplote oder Staatsstreich verwickelt seien, erklärte er. Die Definition obliegt dem Ermessen der gleichgeschalteten Justiz.

«Maschinerie der Repression» | Zu den Opfern gehören zahlreiche Politiker*innen aus dem Umfeld der Oppositionskandidatin María Corina Machado, die interne Vorwahlen der Regierungsgegner*innen klar gewonnen hat, dann aber nicht zur Wahl zugelassen wurde. Sieben ihrer Mitarbeiter*innen sind in Haft, sechs haben sich in die argentinische Botschaft geflüchtet und politisches Asyl beantragt.

Aber es traf auch Medienschaffende wie Sebastiana Barráez und Menschenrechtsverteidiger*innen wie Tamara Sujú und Rocío San Miguel. Alle sollen sie an einem nicht näher detaillierten Mord-

Eigentlich wollte der venezolanische Youtuber Oscar Alejandro im April 2024 mit seiner Mutter und seinem Bruder ein paar Tage Ferien im Nationalpark Canaima verbringen. Doch am Flughafen der Hauptstadt Caracas verwandelte sich die Urlaubsreise in einen Albtraum. Oscar Alejandro wurde wegen Terrorismus von der Staatssicherheit festgenommen. Eine Nacht verbrachte er voller Ungewissheit an einen Stuhl gefesselt in einer Zelle.

Am nächsten Tag wurde ihm von einem Untersuchungsrichter ein Video vorgeführt, das er sieben Monate zuvor bei

komplott beteiligt gewesen sein. Weil sie nach ihrer Verschleppung durch die Staatssicherheit zum Teil tagelang verschwunden waren, intervenierte das Uno-Menschenrechtsbüro in Caracas – und wurde im Februar prompt des Landes verwiesen. «Das Menschenrechtsbüro war unser letztes Bollwerk», sagt Uzcátegui. «Seither sind wir schutzlos.»

Der Bericht, den das Uno-Büro abschliessend veröffentlichte, ist deutlich und düster: Darin ist die Rede von Foltereinrichtungen und von einer «Phase offener Repression». Die Staatsanwaltschaft sei Teil der repressiven Maschinerie, um der Verfolgung von Regimegegner*innen ein legales Mäntelchen umzuhängen; die Nationalgarde begehe weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen.

Gesetz gegen NGOs | Um die Übergriffe zu rechtfertigen, hat die Regierung eine Reihe von Gesetzen nach dem Vorbild anderer autoritärer Staaten erlassen, beispielsweise ein NGO-Gesetz, das eine Neuzulassung aller zivilgesellschaftlichen Organisationen vorsieht. «Die kritischsten Organisationen werden ihren Rechtsstatus verlieren», fürchtet Uzcátegui.

Ein zweites Gesetz betrifft die Essequibo-Region und gilt entgegen rechtsstaatlichen Grundsätzen auch rückwirkend. Der Essequibo ist eine umstrittene Region zwischen Venezuela und Guyana. Wer jemals in seinem Leben Verständnis für die Position Guyanas geäussert hat, dem droht nun die Aberkennung des passiven Wahlrechts. Dieses Gesetz ist laut Uzcátegui auch auf María Corina Machado und ihre Partei gemünzt.

Und drittens ermöglicht es ein neues Anti-Faschismus-Gesetz, Kritik an der Regierung zu kriminalisieren.

Zensur und Selbstzensur | Die Botschaft Maduros ist in der Gesellschaft angekommen, sagen Aktivist*innen vor



Eine Demonstrantin wirft bei einem Protest gegen die Inflation mit wertlosen Geldscheinen um sich.

Ort. Der jüngste Bericht des Uno-Menschenrechtsbüros und eine kritische Erklärung des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Luis Almagro, zum Essequibo-Gesetz wären noch vor einem Jahr tausendfach in sozialen Netzwerken geteilt und kommentiert worden. Am 8. April 2024 erreichte der Tweet von Almagro hingegen nur 93 Re-Tweets.

Die Ein- und Ausreise nach Venezuela ist inzwischen zu einer nervlichen Zer-

Anschein von Legitimität und Respekt des internationalen Regelwerks zu erwecken, um regionale Alliierte wie Brasilien und Mexiko nicht zu brüskieren. In den letzten Monaten scheint aber der militärische Flügel unter Verteidigungsminister Vladimir Padrino das Zepter übernommen zu haben. Viele ranghohe Offiziere fürchten offenbar, dass sie bei einem Regimewechsel zum Bauernopfer werden. Denn sie stehen an vorderster Front der Menschenrechtsverletzungen,

Um die Übergriffe zu rechtfertigen, hat die Regierung eine Reihe von Gesetzen nach dem Vorbild anderer autoritärer Staaten erlassen.

reissprobe geworden. «Zum ersten Mal habe ich bei der Einwanderungsbehörde am Flughafen nicht gesagt, dass ich Journalistin bin, sondern dass ich aus familiären Gründen unterwegs bin», erzählt die Reporterin eines digitalen Mediums, die öfter für Schulungen und Vorträge ins Ausland reist. Die Journalistin hat sich nach eigenen Angaben zur Selbstzensur durchgerungen. «Ich habe meine Nachrichtendienste so eingestellt, dass sie nach 24 Stunden automatisch gelöscht werden», sagt sie.

Hintergrund für die Repressionswelle sind offenbar interne Machtverschiebungen in der Regierung. Bis Anfang des Jahres hielten sich zivile und militärische Machtgruppen noch die Waage. Die zivile Fraktion war stets darum bemüht, auf internationaler Bühne zumindest den

die derzeit vom Internationalen Strafgerichtshof untersucht werden.

In diesem Umfeld wird es für die Opposition schwierig, ihre numerische Überlegenheit im Juli in einen Wahlsieg umzumünzen – zumal ihre populärsten Kader vom Regime gar nicht zugelassen wurden. Es ist angesichts der desaströsen Wirtschaftslage mittelfristig aber auch nicht zu erwarten, dass Maduro wieder an Popularität gewinnt. Menschenrechtsorganisationen fürchten daher, dass sich Venezuela auf einer Strasse ohne Wiederkunft befindet und nun unwiderruflich in den Totalitarismus abgleitet. |

Sandra Weiss ist freischaffende Lateinamerika-Korrespondentin.

Ein Ökosystem in Gefahr

In der Casamance im Süden Senegals wehrten sich die Menschen recht erfolgreich gegen ein Bergbauprojekt an ihrer Küste. Doch das jetzt für das Projekt verantwortliche Unternehmen hat sie ausmanövriert. Die neue Regierung bringt nun etwas Hoffnung. Von Baptiste Fellay

«Am Tag nach der Einigung mit dem Bergbauunternehmen erhielt der Bürgermeister von Abéné ein für senegalesische Verhältnisse sehr teures Auto sowie einen Umschlag mit umgerechnet rund 5000 Franken Bargeld. Abéné ist eines der betroffenen Dörfer, bei denen Zirkon abgebaut werden soll», sagt Pape Sané. Der senegalesische Enthüllungsjournalist recherchiert zu den Projekten und Aktivitäten des Bergbauunternehmens G-Sand in den Dörfern Niafrang, Abéné und Kabadjo an der Küste der Casamance. Seine Aussage wird von Moustapha Faty bestätigt. Der Aktivist, der für das Komitee gegen das Zirkon-Abbauprojekt die Aussenbeziehungen pflegt, sagt: «Die Behörden von Abéné wurden mithilfe von Korruption <überzeugt>. Sie sprechen sich nun für den Beginn der Arbeiten auf ihrem Gemeindegebiet aus.» Bis dahin hatten die drei betroffenen Dörfer geschlossen gegen die Rohstoffausbeutung an ihrer Küste gestanden. Doch dann sollen Schecks im Wert von rund 300 Schweizer Franken an diejenigen Familien verteilt worden sein, die die politische Macht in den Dörfern innehaben.

Seit 2006 organisierten sich die Bewohner*innen der Dörfer in der Nähe der Niafrang-Düne gegen das Projekt zum Abbau von Zirkon, einem Metall, das in verschiedenen Industriezweigen wie etwa der Nuklearindustrie oder zur Herstellung von Pumpen, Ventilen, Rohren sowie von medizintechnischen Instrumenten verwendet wird. Die Bohrungen

würden die Dünen angreifen, die die Felder und Häuser vom Ozean trennen. Damit würde nicht nur die Artenvielfalt, sondern auch die Lebensgrundlage von Zehntausenden Menschen gefährdet.

Informationskrieg, Bestechungsversuche, Todesdrohungen – die Aktivist*innen in der Casamance haben schon viel erlebt. Doch das Komitee gegen das Zirkonabbauprojekt hat nie aufgegeben. Seine Mitglieder demonstrierten wiederholt gegen den australischen Konzern Astron, der die Konzession für den Abbau hatte. Doch im vergangenen November wurde Astron die Konzession entzogen, weil das australische Unternehmen es nicht schaffte, die Widerstän-

Informationskrieg, Bestechungsversuche, Todesdrohungen – die Aktivist*innen in der Casamance haben schon viel erlebt.

de gegen das Projekt zu überwinden und mit dem Abbau zu beginnen.

Seither sieht sich das Komitee, das gegen das Ausbeutungsprojekt kämpft, mit einem neuen Gegner konfrontiert: G-Sand, ein Bergbauunternehmen aus dem benachbarten Gambia, hat bereits seine Maschinen auf den Dünen aufgestellt. In wenigen Monaten bereits will G-Sand mit dem Bohren beginnen; dieses Unternehmen kann seine Pläne damit viel schneller umsetzen als Astron, das trotz seiner grösseren Finanzkraft 18 Jahre in Verhandlungen investieren musste.

Neuer Gegner | Die Menschen und insbesondere die Unabhängigkeitsbewegung in der Casamance haben seit jeher ein angespanntes Verhältnis zur zentralen Regierung in Dakar, der sie eine koloniale Ausbeutung der Ressourcen vorwerfen. Der senegalesische Präsident Macky Sall hatte 2019 zwar noch verlangt, dass vor Beginn der Bauarbeiten ein Konsens mit der betroffenen Bevölkerung gefunden wird. Doch dann trat das Unternehmen G-Sand auf die Bühne. Die Firma handelte zunächst im Auftrag von Astron. Mit Aboubacar Diaby, dem Leiter des gambischen Unternehmens, übernahm ein gebürtiger Senegalese die Verhandlungen. «Er ist ein Mandinka

wie wir und somit gefährlich, denn er kennt unsere Bräuche und Vorgehensweisen», sagt der Aktivist Moustapha Faty.

Der Journalist Pape Sané fand heraus, dass Aboubacar Diaby im Laufe der Verhandlungen beschloss, den australischen Riesen loszuwerden. Offenbar überzeugte er die Behörden davon, ihm das Projekt direkt anzuvertrauen: «Die Führungskräfte von Astron erfuhren am Telefon, dass die am stärksten betroffene Gemeinde Abéné den Bohrungen zustimmte unter der Bedingung, dass diese

nicht von Astron ausgeführt würden. Von einem Tag auf den anderen war Astron kaltgestellt.» Diaby hatte bereits einen Nachfolger in petto. «Er arbeitet mit Investor*innen aus China zusammen, wie er es schon in Gambia tat», sagt Pape Sané.

Gefährdetes Ökosystem | In der von Meereseerosion betroffenen Region dienen die Dünen als Schutzwall gegen den Atlantik. 2004 war das Grundstück, auf dem derzeit die Maschinen von G-Sand stehen, vom senegalesischen Staat zu einem Meeresschutzgebiet erklärt worden, in welchem jeglicher Abbau verboten ist. Umso überraschter waren die Dorfbewohner*innen, als 2006 das

erste Bergbauunternehmen auftauchte.

Ebenfalls 2006 wurde von der senegalesischen NGO Oceanium ein Projekt zur Wiederaufforstung von Mangrovenwäldern gestartet – ein Projekt im Rahmen einer nachhaltigeren Bewirtschaftung des Gebiets. Die Bemühungen um die Regeneration des fragilen Ökosystems tragen erste Früchte und ermöglichen die Weiterentwicklung traditioneller Landwirt-

schaftsformen wie der Fisch-, Austern- und Bienenzucht. Eine Genossenschaft, die nach ökologischen und solidarischen Prinzipien arbeitet, entstand: «Wir wirtschaften nun nachhaltig», erklärt der Aktivist Moustapha Faty. «Dies hat uns ein friedliches Leben ermöglicht, denn das Projekt entspricht auch unserer animistischen, spirituellen Lebensweise: Für uns ist die Natur heilig und muss bewahrt werden.»

Moustapha Faty, Aktivist



© Muhammadou Bittaye /afp./Keystone

werden. Vor allem darf sie nicht zu kommerziellen Zwecken ausgebeutet werden.» Ein Gleichgewicht, das durch den Zirkon-Abbau massiv gefährdet würde: «Es besteht die Gefahr, dass das Grundwasser verseucht und das Wasser versalzen wird. Zu viel Salzwasser würde die Mangrovenwälder zum Verschwinden bringen. Dies würde wiederum die Küste erodieren und somit unsere Lebensgrundlage gefährden. Wir haben in Gambia gesehen, wie das geschieht.»

Der Unternehmer Aboubacar Diaby hat bereits im Nachbarland Gambia, wo sich die Dünenkette der Casamance fortsetzt, Zirkon abgebaut. Dies hat eine Umweltkatastrophe ausgelöst. In der gesamten Casamance sind insgesamt 44 Dörfer vom gleichen Schicksal bedroht: «Alles, was wir hier befürchten, ist in Gambia bereits passiert. Diaby wurde vom damaligen gambischen Präsidenten Yahya Jammeh schliesslich vertrieben», sagt Pape Sané.

Korrumpierte Behörden | Im Laufe der Jahre konnten Moustapha Faty und seine Kolleg*innen auf immer mehr Unterstützung zählen. 2017 rief ein Kollektiv von Wissenschaftler*innen, die in der Casamance ansässig sind, den «Appel de la dune» (Appell der Düne) ins Leben. Die Wissenschaftler*innen befürchten eine Umsiedlung eines Grossteils der Bevölkerung, wenn das Projekt realisiert wird. Die Petition wird von zahlreichen internationalen Kollektiven und NGOs sowie von prominenten Wissenschaftler*innen und Politiker*innen im In- und Ausland unterstützt.

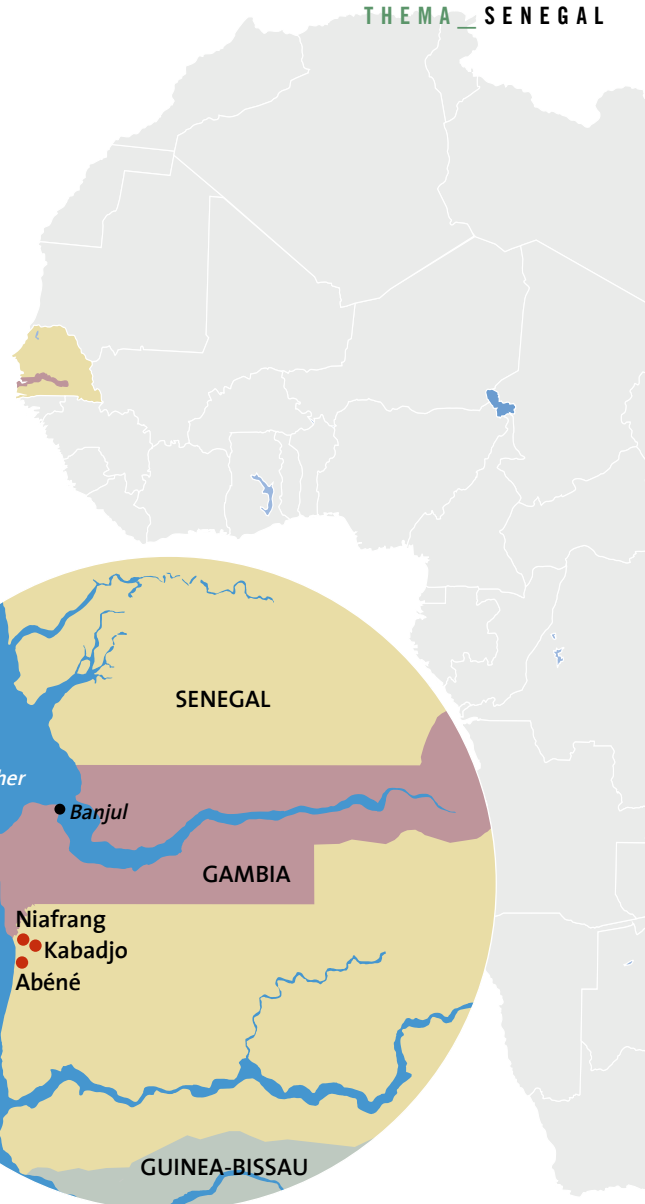
Doch seit das Unternehmen G-Sand auf den Plan getreten ist, schränkt sich der Aktionsradius der Aktivist*innen ein. «Jedes Mal, wenn wir eine Genehmigung für eine Versammlung, ob öffentlich

Versalzung und Grundwasserverschmutzung durch den Zirkonabbau bedrohen die Lebensgrundlagen der Fischer*innen.

oder privat, beantragen, wird sie abgelehnt. Als Begründung wird die Gefahr einer Konfrontation mit den Befürworter*innen angeführt. Sie aber haben im Gegensatz zu uns das Recht, Veranstaltungen zu organisieren», sagt Moustapha Faty. «Die regionalen Behörden sind korrupt. Laut der senegalesischen Verfassung haben Oppositionelle das Recht, sich zu versammeln. Sie müssen dafür keine Genehmigung einholen», ereifert sich auch Pape Sané.

Die Spannungen zwischen Gegner*innen und Befürworter*innen haben einen Höhepunkt erreicht. So ist der soziale Druck im Dorf Abéné zurzeit sehr gross. Laut Moustapha Faty ist ein Grossteil der Einwohner*innen weiterhin gegen die Bohrungen: «Es sind die Alten, die ihre Zustimmung gegeben haben, nicht die Jungen, nicht die Frauen und auch nicht diejenigen Personen, die nicht aus dem Dorf stammen. Viele Frauen trauen sich nicht, ihre Meinung zu sagen.» Dabei sind sie es, die in erster Linie die Reisfelder anlegen und Tiere züchten und somit besonders von den ökologischen Folgen betroffen wären. Ein grosser Teil der Gegnerschaft würde aber aus Angst vor Repressalien nicht mehr wagen, sich zu äussern, so Faty.

Wechsel des Regimes | Der senegalesische Präsident Macky Sall baute seinen nationalen Entwicklungsplan «Plan Sénégal émergent» auf dem Abbau von natürlichen Ressourcen auf. Doch im März dieses Jahres musste seine Partei die Macht an die linksgerichtete panafrikanische Opposition abgeben, Bassirou Diomaye Faye wurde mit über-



raschend deutlicher Mehrheit zum senegalesischen Präsidenten gewählt. Der beliebte Anführer der Opposition wurde neuer Premierminister: Ousmane Sonko stammt aus der Casamance und ist Unterzeichner des «Appel de la dune». Auf nationaler Ebene verspricht er, alle Verträge zu überprüfen, die zu sozialen oder ökologischen Spannungen führen würden. Seine Partei erhielt in der Casamance 85 Prozent der Stimmen. «Es war nicht einfach nur eine Wahl für einen Machtwechsel, sondern auch ein Referendum gegen die Ausbeutungspläne», sagt Moustapha Faty. Der Kampf an der Küste der Casamance geht weiter, mit viel Hoffnung in die neue Regierung. |

Die zentrale Frage

In den vergangenen zwei Jahren haben 21 Bundesstaaten in den USA den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen stark eingeschränkt. Als Reaktion darauf ist eine neue Bewegung von Aktivist*innen entstanden, welche die Präsidentschaftswahlen im November merklich beeinflussen könnte.

Von Théophile Simon

Am 1. Mai herrschte im Senat von Arizona grosse Aufregung. Die Abgeordneten im Plenarsaal berieten sich mit ernster Miene, im Bereich für die Öffentlichkeit blieb kein einziger Sitzplatz unbesetzt. Der Text, über den an diesem Morgen abgestimmt wurde, war von grösster Bedeutung: Die demokratischen Abgeordneten forderten die Abschaffung eines alten Gesetzes, das Schwangerschaftsabbrüche in Arizona vollständig verbot.

Das Gesetz stammte von 1864 und gehörte schon lange auf den Müllhaufen der Geschichte. Im Jahr 1973 wurde das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auf US-Bundesebene durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA verankert. Der Entscheid ist unter dem Begriff *Roe vs. Wade* bekannt, nach dem Namen der damaligen Klägerin Jane Roe und ihres Gegners vor Gericht, des Bezirksstaatsanwalts Henry Wade. Ein halbes Jahrhundert später hatte die Mehrheit im Obersten Gerichtshof unter Präsident Trump ihre Meinung geändert, und die konservativen Richter*innen hoben im Juni 2022 *Roe vs. Wade* auf. Seither ist es den US-Bundesstaaten überlassen, ihre Abtreibungspolitik selbst zu definieren. Seitdem haben 14 Staaten den Schwangerschaftsabbruch

verboten, sieben weitere haben den Zugang teilweise eingeschränkt.

Am 9. April hatten in Arizona die Republikaner*innen das Gesetz von 1864 wieder ausgegraben und dessen Wiedereinführung gefordert. Der oberste Gerichtshof des Bundesstaates urteilte daraufhin, dass in dem US-Staat das Abtreibungsgesetz von 1864 durchgesetzt werden könne – was in der Bevölkerung heftigste Reaktionen auslöste. Denn die Regelung von 1864 sah ein grundsätzliches Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen vor, auch in Fällen von Vergewaltigung oder Inzest. Ausnahmen hätten nur gegolten, wenn das Leben der betroffenen Frau gefährdet gewesen wäre. «Als die Nachricht kam, brachen viele junge Leute weinend zusammen», erinnert sich Patti O'Neil, die Chefin der Demokratischen Partei in Arizona.

Doch die Abgeordneten des Bundesstaats verhinderten die Wiedereinführung: «Mit 16 zu 14 Stimmen wird das Gesetz von 1864 aufgehoben», verkündete der Speaker nach der Abstimmung im Senat am 1. Mai. Dabei gab es eine Überraschung: Zwei republikanische Abgeordnete stimmten mit den Demokrat*innen. Sehr zum Zorn der anwesenden Abtreibungsgegner*innen, die diese Abweichler beschimpften. «Ihr werdet nicht in den Himmel kommen», schrie einer von ihnen.



«Die beiden Republikaner hatten Angst. Die Republikaner*innen wissen, dass dieses Thema sie bei den Wahlen im November Stimmen kosten könnte», analysiert Patti O'Neil den Wahlausgang. Denn Arizona könnte eine tragende Rolle im Rennen um das Weisse Haus spielen: Es ist einer der sieben Staaten, die mal demokratisch, mal republikanisch wählen. Im Jahr 2016 hatte Arizona für Donald Trump gestimmt. 2020 triumphierte dort Joe Biden.

Die Aktivist*innen, die sich für sichere Schwangerschaftsabbrüche einsetzen, waren ebenfalls vor dem Senat versammelt, und sie versicherten, dass sie alles tun würden, «um die Frage des Schwangerschaftsabbruchs zur zentralen Frage der Wahl zu machen.» So sagten beispielsweise die 17-jährige Amirah Coronado und Lexie Rodriguez: «Alle unsere

Théophile Simon ist Journalist im Auslandsressort der «Tribune de Genève».



© Keystone/Frederic J. Brown

«Remember in November»: Unter diesem Slogan demonstrieren zahlreiche Aktivist*innen vor der Abstimmung in Arizona für das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch und machen klar, dass die Frage zum Recht auf den eigenen Körper die Präsidentschaftswahlen im November nachhaltig beeinflussen könnte.

Freund*innen, auch die weniger politisierten, waren sich diesmal bewusst, dass es bei der Wahl buchstäblich um ihr Leben gehen würde.»

Keine Unterstützung | Tausend Kilometer weiter östlich zeigt Texas, welche Gefahren das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen birgt. In diesem Bundesstaat sind Schwangerschaftsabbrüche seit August 2022 verboten, auch bei Vergewaltigung oder Inzest. Tausende Texanerinnen müssen nun in einen anderen Bundesstaat reisen, um einen Schwan-

gerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Ein im November 2023 verabschiedetes Gesetz verschärft die Lage zusätzlich, denn es sieht vor, dass auch jede Person, die Schwangerschaftsabbrüche «unterstützt oder dazu anstiftet», strafrechtlich verfolgt werden kann.

«Ich musste wie eine Kriminelle aus Texas fliehen, um in einer Klinik in Kalifornien eine Abtreibungspille zu nehmen. Es war ein Albtraum», berichtet die 24-jährige Alexandria Cardenas aus dem texanischen Houston. Nachdem sie im Januar 2023 von ihrer Schwangerschaft erfahren hatte, besuchte die Sozialarbeiterin einen Ableger von Planned Parenthood, einer NGO, die sich auf Familienplanung und reproduktive Gesundheit spezialisiert, um sich über einen Schwangerschaftsabbruch zu informieren.

Sie wurde mit peinlichem Schweigen empfangen. «Die Ärzt*innen dürfen die Patient*innen nicht einmal mehr beraten. Ich musste von Anfang bis Ende allein zurechtkommen», sagt sie. «Als ich nach Texas zurückkehrte, drückte die Kriminalisierung von Abtreibungen auf meine Stimmung. Ich bekam Depressionen und hätte mich fast umgebracht.» Die junge Frau ist nicht die Einzige, die beinahe ein Drama erlebt hätte. Nach den texanischen Gesetzen dürfen nur Schwangerschaften abgebrochen werden, bei denen der schwangeren Person eine tödliche Gefahr droht. In der Praxis wird diese Ausnahme jedoch nur selten angewandt.

Die 36-jährige Lauren Miller hat diese bittere Erfahrung gemacht. Im Sommer 2022, nach nur wenigen Wochen Schwangerschaft, erfuhr die in Dallas lebende Geschäftsführerin, dass bei einem ihrer beiden Zwillingssäuglinge Trisomie 18 diagnostiziert worden war. Obwohl nur geringe Überlebenschancen für den Fötus bestanden und die Gesundheit des lebensfähigen Fötus sowie die der Mutter bedroht waren, weigerten sich die texanischen Ärzt*innen einzugreifen. «Ich

musste nach Colorado fahren, um den nicht lebensfähigen Fötus abzutreiben, was mich mehrere Tausend Dollar gekostet hat», berichtet Lauren traurig, die inzwischen Klage gegen den Staat Texas eingereicht hat. «Ich konnte es mir leisten, aber ich will mir gar nicht vorstellen, in welcher Situation sich Eltern befinden, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken.»

Verschärfte Diskriminierung |

Zahlreiche NGOs sind jeden Tag mit den Auswirkungen des Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen auf die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen konfrontiert. «Etwa 85 Prozent der Menschen, die um Hilfe bitten, gehören ethnischen Minderheiten an, obwohl diese nur die Hälfte der Bevölkerung von Texas ausmachen. Die Realität ist, dass diese Anti-Abtreibungsgesetze rassistisch und klassenorientiert sind», sagt Anna Rupani, die Direktorin von Fund Texas Choice (FTC), einer Organisation, die finanzielle Unterstützung für Texaner*innen anbietet, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen.

Die Verbote haben auch Auswirkungen auf Minderjährige: Zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren steigt die Zahl der Teenager-Schwangerschaften in Texas wieder an. «Immer mehr meiner Schülerinnen werden bereits im Alter von 14 oder 15 Jahren schwanger. Sie sind dann völlig auf sich allein gestellt und haben keine Wahl, als das Kind auszutragen», sagt Cynthia Cardenas, die Direktorin einer Highschool in Brownsville, in der 99 Prozent der Bevölkerung lateinamerikanischer Abstammung sind und die Armutsrate doppelt so hoch ist wie im nationalen Durchschnitt. «Die USA machen einen gigantischen Rückschritt», sagt Anna Rupani. «Das ist eine Lektion für den Rest der Welt: Man darf nicht davon ausgehen, dass das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch gesichert ist.» |

Armut, ein Tabu

In der Schweiz leben mehr als 700 000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Eine Realität, die in diesem Land – einem der reichsten Länder Europas – zu wenig beachtet wird. Eine Reportage aus Freiburg i. Ue. Von Rémi Carlier (Text und Fotos)

Vor nicht allzu langer Zeit landete alles, was von meinem Leben übriggeblieben war, in einem Koffer. Dabei habe ich immer gearbeitet», sagt Vincent Molettieri. Offenbar hat er das Bedürfnis, sich zu rechtfertigen. Er hat sogar seinen Lebenslauf mitgebracht, den er stolz vorzeigt. Als selbstständiger Coiffeur hatte er die Covid-Krise heftig zu spüren bekommen und musste sich verschulden. «Das war der Anfang der Abwärtsspirale. Ich hätte nicht gedacht, dass man in der Schweiz nicht genug zu essen haben kann. Aber so ist es.»

Der 45-Jährige ist wütend, aber auch nachdenklich. Er ist einer von rund 50 Personen, die an diesem späten Vormittag in den grossen Raum mit Kantencharakter gekommen sind, um eine warme Mahlzeit zu sich zu nehmen und einen Kaffee zu trinken. Im Obergeschoss ruhen sich einige erschöpfte Männer auf Sesseln aus, die Decke über die Augen gezogen, nachdem sie die Nacht im Freien oder bei der Arbeit verbracht haben. Sie sind jung oder alt, aus der Schweiz oder von anderswo, nichts unterscheidet sie wirklich. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich in einer prekären Situation befinden. In diesem weissen Haus im beliebten Viertel Schönberg in Freiburg i. Ue. bietet ihnen der Verein Banc Public eine ruhige Ecke, wo sie zu sehr günstigen Preisen essen können, ei-

Rémi Carlier ist freier Journalist und arbeitet für verschiedene Zeitungen zu Themen der sozialen Integration und zur Migration.

nen Ort des Austauschs und vor allem des Zuhörens.

«Ich habe vor drei Jahren angefangen, hier zu arbeiten. Ich hätte nie gedacht, dass ich hier auf Menschen treffen würde, die ich kenne. Armut ist ein Tabuthema», sagt der 27-jährige Ludovic Domon, Sozialarbeiter bei Banc Public. In der Tat ist die Not dieser Menschen in der Schweiz nicht immer sichtbar. Hierzulande, wo Misserfolg oft als persönliches Scheitern gesehen wird, zieht man es vor, so zu tun, als gäbe es keine Ar-

schen werden immer noch für ihre Situation verantwortlich gemacht, obwohl weitgehend erwiesen ist, dass Armut eher strukturell als individuell bedingt ist. Diese Vorstellungen liessen sich nur schwer ändern, bestätigen Caroline Reynaud und Sophie Guerry, Professorinnen an der Hochschule für Soziale Arbeit (HETS) in Freiburg.

Vincent Molettieri hat dies am eigenen Leib erfahren. Seine Schwester, die bei der Post arbeitet, gestand ihm, dass sie nicht wusste, dass es in der Schweiz

«Wir haben festgestellt, dass Armut nicht wirklich auf der politischen Agenda steht.»

Anne-Claire Brand

mut. Die neuesten Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen aber, dass im Jahr 2021 8,2 Prozent der Schweizer Bevölkerung (fast 702 000 Personen) unterhalb der Armutsgrenze lebten, darunter 144 000 Erwerbstätige. Die Covid-Pandemie hat einen Teil dieser Realität ans Licht gebracht, etwa durch die langen Warteschlangen für kostenlose Lebensmittel in Genf oder Zürich. Die Pandemie hat die finanziellen Schwierigkeiten eines Teils der Bevölkerung, vor allem von Rentner*innen und Alleinerziehenden, zusätzlich verschärft. Seitdem hat sich nicht viel getan, abgesehen von einer Mehrbelastung bei den Hilfsorganisationen.

Falsche Vorstellungen | Es gibt in der Schweiz eine grosse Unkenntnis in Bezug auf die Armut. Betroffene Men-

von Armut betroffene Menschen gibt. Seine Eltern ermutigten ihn, sich aus eigener Kraft aus der Misere zu befreien. Er selbst hatte Schwierigkeiten, seinen Stolz zu überwinden. «Im Betreibungsamt, wo ich Rat und Hilfe suchte, wurde ich wie ein Tier behandelt. Ich war auf die ganze Welt wütend», sagt er. «Man sagte mir, ich solle Sozialhilfe beantragen. Aber das löst kein Problem, sondern verlagert es nur. Ich mache lieber Gelegenheitsjobs und versuche, mich selbst durchzuschlagen. Ich will nicht als Profiteur angesehen werden.»

Für einen Forschungsbericht, der 2023 von der NGO ATD Vierte Welt veröffentlicht wurde, untersuchten von Armut betroffene Personen, Fachleute aus dem Sozialbereich und Wissenschaftler*innen, was es bedeutet, heute in der Schweiz in Armut zu leben und auf insti-



In den Räumen des Vereins **Banc Public** können armutsbetroffene Menschen sich erholen, günstig essen und sich mit anderen austauschen.



Vincenzo Molettieri zeigt stolz seinen Lebenslauf. Durch die Coronakrise verlor er seine Arbeit.

tutionelle Unterstützung angewiesen zu sein. «Die Reaktion der Institutionen auf Menschen in Armut wird immer noch zu oft als übergriffig erlebt, die Menschen werden nicht in ihrer Lebensrealität gesehen und nicht in ihrer Identität respektiert», sagt Anne-Claire Brand von der NGO. «Es ist an der Zeit, Armut als strukturelles Problem anzugehen.»

Mangel an Mitteln | Wie in der ganzen Schweiz ist in Freiburg hauptsächlich der Kanton für soziale Angelegenheiten zuständig. Nach der Pandemie war der Wille da, etwas zu bewegen, so mit der Gründung einer Lebensmittelbank und eines Büros, um die Betroffenen über ihre Rechte auf Sozialleistungen zu informieren. Doch es fehlten die Mittel oder sie wurden falsch zugeteilt. «Wir haben festgestellt, dass Armut nicht wirklich auf der politischen Agenda steht», sagt Anne-Claire Brand. Die kantonale Direktion für Gesundheit und Soziales hatte auf Anfragen nicht geantwortet.

So bleibt die Sozialhilfe, die subsidiär und bedarfsabhängig gewährt wird, das

letzte Sicherheitsnetz. Aber Freiburg wie auch St.Gallen, Thurgau und Aargau verlangt weiterhin eine Rückerstattung, sobald die unterstützte Person in eine bessere finanzielle Lage kommt. «Diese Pflicht erinnert an die Voraussetzung an jede und jeden, alles dafür zu tun, um aus eigenen Mitteln für den eigenen Bedarf aufzukommen. Die Rückerstattungspflicht soll dazu anregen, nur als letztes Mittel auf die Sozialhilfe zurückzugreifen», heisst es in einem Bericht des Kantons Freiburg, der im November 2023 veröffentlicht wurde.

Karine Donzallaz sieht angesichts dieser Worte rot. Die 44-jährige Freiburgerin verlor 2018 aufgrund einer Krankheit ihren Job und hatte keine andere Wahl, als Sozialhilfe zu beantragen, die sie zwei Jahre lang bezog. «Mit 800 Franken im Monat (Miete und Krankenversicherung werden separat finanziert) habe ich versucht, irgendwie weiterzumachen. Das führt in die Isolation. Das Sozialwesen ist von Vorurteilen und Stigmatisierungen durchzogen. Alles muss gerechtfertigt werden, immer und überall. Man verliert

seine Würde und seinen freien Willen. Die Rückzahlungen führen dazu, dass man weiter in Armut bleibt», sagt sie. Karine Donzallaz erhielt schliesslich eine Invaliditätsrente, mit der sie ihre Schulden bei den Sozialämtern begleichen konnte. Nun engagiert sie sich im Collectif Dignité, das sich in Freiburg für die Abschaffung der Rückzahlungspflicht einsetzt.

Inflation, steigende Krankenkassenprämien und Mieten bieten keine rosigen Aussichten. «Während der Pandemie wurden auch viele Menschen zu Betroffenen, die dachten: «Armut kann mir nie passieren», sagt Anne-Pascale Collaud, Leiterin des Dienstes für soziale Beratung und Begleitung bei Caritas Freiburg. Im Jahr 2023 erreichte der nationale Umsatz der Caritas-Märkte 17,8 Millionen Franken, 11 Prozent mehr als beim bisherigen Rekordwert von 2022. Immerhin nehmen auch die Spenden an den Verein zu – aus Solidarität. Vielleicht zeigt dies, dass das Tabu allmählich keines mehr ist. |

Die Kurzgeschichten in «Nachbarn» erzählen von den 1960er-Jahren aus Sicht der Schwarzen Bevölkerung in den Südstaaten der USA: Es war ein Leben in einer Atmosphäre, die geprägt war von Hass und Ausgrenzung.

Von Ulla Bein

Tommy ist als erstes Schwarzes Kind dazu ausersehen, auf eine bis dahin rein *weisse* Schule zu gehen. In der titelgebenden Erzählung «Nachbarn» wird der Vorabend des ersten Schultags aus der Perspektive der älteren Schwester erzählt, die sagt: «Ich versuche mir einzureden, dass jemand der Erste sein muss.» Auch in der Nachbarschaft, die in Angst lebt, ist man vorsichtig optimistisch. So meint ein Anwohner: «Hoffentlich macht's ihm nichts aus, wenn sie ihn anspucken.»

Diane Olivers Geschichten in «Nachbarn» sind in jenem historischen Moment angesiedelt, als Erfolge der Bürgerrechtsbewegung in den USA greifbar wurden: 1954 erklärte das Oberste Gericht der USA in einem Grundsatzurteil getrennte Schulen für *weisse* und für afroamerikanische Kinder für verfassungswidrig. Die Erzählung vom ersten Schultag von Tommy hat die wahre Geschichte von Ruby Bridges zur Vorlage: Die Sechsjährige wurde im November 1960 von vier US-Marshals in die Grundschule in New Orleans gebracht. Als sie dort ankam, war sie die Einzige im Klassenzimmer. Die *weissen* Eltern hatten ihre Kinder von der Schule genommen.

Dank dieser Erzählungen erhalten wir einen realistischen Einblick in den Alltag jener Menschen, deren Situation mit dem Ende der Segregation nicht besser wurde. So schildert die Autorin die vergeblichen



Vorbild für die Erzählung «Nachbarn»: Ruby Bridges musste 1960 auf dem Weg zur Schule von US-Marshals eskortiert werden.

Der Preis des Wandels

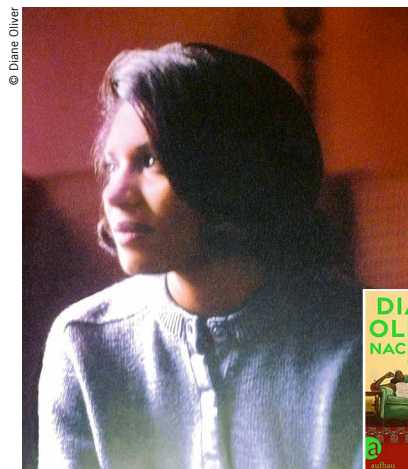
Versuche einer alleinerziehenden Mutter, ihren Anspruch auf medizinische Behandlung für ihre Kinder zu erhalten. Oder wie eine Gruppe von jungen PoC in einem *weissen* Personen vorbehaltenen Café abgewiesen wird. Eine Familie hat sich gar in den Wald zurückgezogen und einen drastischen eigenen Umgang mit Rassist*innen entwickelt.

In einer nüchternen Sprache – ein besonderes Lob gilt den Übersetzer*innen – nähert sich Diane Oliver den Protagonist*innen; so sind diese keineswegs alle sympathisch. Fast jede Geschichte schlägt einen etwas anderen Ton an, wählt einen anderen Erzählstil, zeigt eine andere Facette des Talents der jungen Autorin. Manche irritieren, andere em-

pören, aber alle berühren und bewegen, und das nicht nur, weil sie von einer beklemmenden Aktualität sind.

Diane Oliver – geboren 1943 in North Carolina – war eine von zwei Afroamerikaner*innen, die 1965 in den Writers' Workshop an der University of Iowa eingeschrieben waren. Nur ein Jahr später starb sie, kurz vor ihrem 23. Geburtstag und kurz vor ihrem Abschlussexamen. Für «Nachbarn» wurde Diane Oliver posthum mit dem Literaturpreis O. Henry Award ausgezeichnet. Von ihrem Werk wurden nur vier Erzählungen zu Lebzeiten veröffentlicht. Zwei weitere kamen nach ihrem Tod heraus, nachdem eine Literaturagentin bei der Schwester Olivers den Nachlass mit weiteren Manuskripten entdeckt hatte.

Von Ruby Bridges wissen wir, dass die Anfeindungen und Angriffe sie nicht zerbrochen haben. Heute gilt sie als Ikone der Bürgerrechtsbewegung in den USA. Welche harten Schattenseiten der Kampf um Gleichberechtigung hatte, zeigt «Nachbarn» eindringlich auf. Ein Kampf, der noch nicht vorbei ist. |



Diane Oliver
«Nachbarn»

Übersetzt von Brigitte Jakobeit
und Volker Oldenburg
Aufbau Verlag, Berlin 2024
304 Seiten

Mit uns reden – statt über uns

Über das Leben der Jenischen, Sinti und Roma wissen die meisten nur wenig. Stereotype und Vorurteile prägen das Bild. Ein Buch und ein Lehrmittel wollen dies ändern. Von Michelle Meier

«**M**it uns reden – statt über uns» – ganz unter dieser Devise steht das Buch «Jenische – Sinti – Roma. Zu wenig bekannte Minderheiten in der Schweiz», das 2023 als Begleitpublikation eines Lehrmittelprojekts erschienen ist.

Die Porträts von Jenischen, Sinti und Roma unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Hintergrunds geben einen sehr persönlichen und detailreichen Einblick in ihr Leben, ihre Gedanken und Geschichten. Im zweiten Teil finden sich Fakten über ihre Sprache und deren Verbreitung, über kulturelle Praktiken, die Verfolgung im 20. Jahrhundert und den ihnen entgegengebrachten Rassismus. Wir erfahren auch, wie unterschiedlich sie damit umzugehen gelernt haben – von der Verleugnung der Herkunft bis zum Stolz auf die eigene Identität. So le-

sen wir von einem Roma-Mädchen, das immer erzählte, sie sei Türkin, damit sie nicht geplagt wurde. Von Marco, der nie offen sagte, dass er Rom ist: «Das hätten die meisten sowieso nicht verstanden. In mir ist halt tief drinnen noch eine gewisse Angst, dass man negativ auf meine Herkunft reagieren könnte.» Jakob hingegen wurde etwas anderes beigebracht: «In der Familie sprechen wir unsere Sprache, die wir Sintikes nennen. Mein

«Wir sind Sinti. Und du darfst nie sagen, du seist keiner. Du musst stolz sein darauf.»

Vater hat mir immer gesagt: «Wir sind Sinti. Und du darfst nie sagen, du seist keiner. Du musst stolz sein darauf.»

Spätestens in der zweiten Hälfte des Buchs wird deutlich, wie eng die Lebensrealitäten von Jenischen, Sinti und Roma mit den Menschenrechten verknüpft sind. Das Recht auf Gleichheit, auf Wohnen, auf Asyl, aufs Ausleben der eigenen Kultur, auf den Schutz vor Diskriminierung wie auch die Kinderrechte – all dies sind für Angehörige dieser Minderheitsgesellschaften weit mehr als reine Paragraphen, vielmehr entsprechen sie alltagsrelevanten Grundrechten, die ihnen allzu oft nicht zugestanden werden.

Getreu dem Anspruch der Menschenrechtsbildung, gleichzeitig Stoff für Kopf, Hand und Herz anzubieten, regt das Buch auf verschiedenen Ebenen zur Reflexion an. Man hinterfragt unweigerlich die eigenen Einstellungen, wenn Amela, eine Romni, beispielsweise anmerkt: «Es ist krass, dass wir Menschen Gruppierungen machen und meinen, die Gruppe, zu der man gehört, sei die Beste.» Die Bilder, Zitate und Leerseiten sowie die sprachlich einfach gehaltenen Erzählungen unterstreichen den fokussierten und doch persönlichen Charakter des Buches. Es fühlt sich fast an, als würde die Leserin einer Sintiza oder einem Rom gegenüber sitzen. So beginnt man

sich Gedanken darüber zu machen, wie die Lebenswelten dieser Minderheiten besser geschützt werden könnten.

«Die Menschen müssen mehr wissen über uns», heisst es im Buch. Wissen über die drei Bevölkerungsgruppen zu vermitteln, gelingt diesem sehr gut. Das Buch schafft es, dass die Leserin aus der Mehrheitsgesellschaft beim Lesen mit Jenischen, Sinti und Roma eine emotionale Bindung aufbaut. |

Die Lehrmaterialien und weitere Hinweise für den Schulunterricht sind öffentlich zugänglich auf der Internetseite der SET Stiftung Erziehung zur Toleranz (www.set.ch).



«Jenische – Sinti – Roma. Zu wenig bekannte Minderheiten in der Schweiz»
Willi Wottreng
Hrsg: Arbeitsgruppe
Jenische-Sinti-Roma
Münster Verlag Zürich, 2023
160 Seiten



Jakob, 17 Jahre alt, wohnt im Winter auf einem Standplatz und ist im Sommer im Wohnwagen unterwegs.

© Franziska Rothenbühler



© Trigon

So Gott will, wird es ein Junge

Mit dem Film «Inshallah a Boy» setzt der Regisseur Amjad Al Rasheed ein starkes Zeichen gegen die patriarchalen Strukturen in seiner Heimat Jordanien.

Von Boris Bögli

Eine Maus huscht durch Nawals Küche. Doch das ist noch das geringste Problem der jungen Witwe aus der jordanischen Hauptstadt Amman. Ihr überraschend im Schlaf verstorbener Mann hat ihr nur Schulden, ein bürokratisches Chaos und einige Geheimnisse hinterlassen. Nun muss Nawal fürchten, ihre Wohnung zu verlieren, die sie von ihrer Aussteuer bezahlt hat. Sogar das Sorgerecht für ihre Tochter Noura könnte ihr aberkannt werden. Denn das patriarchalische Familien- und Erbrecht bevorteilt ihren gierigen Schwager Rufqi, der immer stärker versucht, in Nawals Leben einzugreifen. Alles wäre anders, hätte Nawal auch einen Sohn statt «nur» einer Tochter. Und so erfindet sie kurzerhand eine Schwangerschaft, die das Erbverfahren sistieren würde. Natürlich muss sie die Schwan-

gerschaft vor Gericht beweisen. Wie Nawal dies macht, bildet den Kern der Geschichte des Films «Inshallah walad» (So Gott will, wird es ein Junge).

Die palästinensische Schauspielerin Mouna Hawa stellt Nawals wachsenden Widerstandsgeist auf beeindruckende Weise dar. Nawal wehrt sich zunehmend entschlossener gegen Rufqi, gegen ihre wohlhabende Arbeitgeberin Souad, bei der sie als feinfühliges Pflegerin für eine demente Tante tätig ist, und auch gegen ihren Arbeitskollegen Hassan, der glaubt, nun freie Bahn für seine Annäherungsversuche zu haben. Zum Symbol von Nawals Freiheitswillen wird der Kleinlastwagen ihres Mannes, für den noch vier Raten offen sind. Alle bedrängen sie, ihn zu verkaufen, um die geerbten Schulden abzuführen. Doch sie weigert sich, obwohl sie gar nicht fahren

Nach dem Tod ihres Mannes kämpft Nawal dafür, ihre Tochter und ihre Wohnung behalten zu können.

kann. «Ich finde eine Lösung» wird zu ihrem Standardsatz.

«Wie im Mittelalter» | Vor Einbruch der Dunkelheit zuhause sein, sich nicht mit einem anderen Mann blicken lassen, das Haar züchtig tragen: Jordaniens konservative Moral schränkt Nawals Leben auf vielfache Weise ein. Zu ihrer einzigen Verbündeten wird Souads Tochter Lauren, mit der sie einen zweifelhaften Deal eingeht. Lauren ist ihres betrügerischen Mannes überdrüssig und möchte ein eigenständiges Leben führen. Doch nicht einmal ihr hoher sozialer Status hilft ihr dabei. «In diesem Land herrscht das Mittelalter», beklagt Lauren.

Inspiziert von einem ähnlichen Erlebnis in seinem Umfeld, hat Regisseur Amjad Al Rasheed zusammen mit den Drehbuch-Autorinnen Rula Nasser und Delphine Agut ein vielschichtiges, insgesamt ruhiges, aber mit feinen Nadelstichen gegen Politik und Gesellschaft versetztes Werk geschaffen. Der Film illustriert den Wunsch vieler junger Jordanierinnen nach mehr Freiheit in einer patriarchalen Welt. Laut Verfassung sind Jordaniens Frauen seit 2022 gleichgestellt; die dafür notwendigen Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft lassen aber auf sich warten.

Und die Maus? Sie huscht zuletzt nicht mehr durch die Küche. Glücklicherweise darüber ist Nawal aber nicht.



Inshallah a Boy
Von Amjad Al Rasheed
Jordanien 2023,
113 Minuten
Verleih: trigon-film
Ab 6. Juni in den Kinos

WIE UNS DER WELTRAUM VERBINDET



© André Gottschalk

Thomas Zurbuchen ist Professor für Weltraumwissenschaft und -technologie und Leiter der Initiative ETH Zürich Space.

Ich war sechs, als ich zum ersten Mal sah, wie mächtig Weltraumforschung sein kann. Mitten im Kalten Krieg und der weitverbreiteten Angst vor einem Atomkrieg passierte etwas Unglaubliches: Drei amerikanische Astronauten und zwei sowjetische Kosmonauten trafen im Weltraum aufeinander – doch nicht etwa für einen Konflikt, sondern um erstmals gemeinsam an einem Forschungsprojekt zu arbeiten, dem Apollo-Soyuz-Test.

Es ist jetzt fast 50 Jahre her, dass ich im Nachbarhaus in Heiligenschwendi im Schwarz-Weiss-Fernseher dieses historische Ereignis mitverfolgte. Dieses Erlebnis hat mich tief beeindruckt und mir gezeigt, wie wichtig internationale Zusammenarbeit ist – und dass sie auch zwischen Ländern funktioniert, die anders denken.

Auch das James-Webb-Teleskop, das ich bei der Nasa verantworten durfte, war dank des internationalen Teams ein Erfolg. Dass die weltweite Forschungsgemeinschaft nun weit in die Vergangenheit des Universums blicken kann, hilft uns, unseren gemeinsamen kosmischen Ursprung besser zu verstehen. Gleichzeitig führt es uns vor Augen, was wir zusammen erreichen können.

Gleiches gilt auch für die momentan grösste Herausforderung der Menschheit: Den Klimawandel können wir nur gemeinsam aufhalten – und nur mit Hilfe der Weltraumforschung. Erst dank der Satelliten können wir sehen, wie rasch der Gletscherschwund global voranschreitet, wie sehr die Meeresspiegel steigen und welche Auswirkungen die steigende Temperatur auf die Landwirtschaft hat.

Durch die Daten aus dem Weltraum können wir aber auch erkennen, welche Lösungsansätze funktionieren – und ob sich alle an das halten, was sie versprechen. Wir können sehen, wenn durch ein Leck Öl ins Meer oder Gas in die Luft strömt – was der Umwelt und auch den verursachenden Firmen schadet.

Vom Weltraum aus sieht man auf der Erde keine Grenzen. Wir alle atmen die Luft von anderen, wir alle gehören zusammen. Und die Weltraumforschung ermöglicht es, uns auch mit Gebieten zu vernetzen, die sich keine teure Infrastruktur leisten können.

Das ist nicht nur gerecht, sondern auch wichtig, um unseren Horizont als Menschheit zu erweitern und gemeinsam unsere fundamentalsten Fragen zu beantworten: Wie ist das Leben entstanden? Und gibt es auch Leben ausserhalb der Erde? Was ist unsere gemeinsame Zukunft?

Um das zu erreichen, braucht es eine internationale Gemeinschaft, deren Mitglieder einander verstehen wollen und einander kulturell respektieren. Genau deshalb wollen wir an Universitäten wie der ETH Zürich junge Menschen dazu ausbilden, international und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, sodass auch in Zukunft Kinder Ereignisse sehen, die sie ermutigen, neu und anders zu denken und trotz aller Ängste einander zu vertrauen, um Neues und Gutes zu schaffen. |

**WIR ATMEN DIE LUFT VON ANDEREN,
WIR ALLE GEHÖREN ZUSAMMEN.**

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE
AUF SHOP.AMNESTY.CH**



GESELLSCHAFTSSPIEL «COURAGE»

Strategiespiel mit 8 Missionen, 32 Menschenrechtsverteidiger*innen und 200 kreativen Aufgaben. Für 3 bis 6 Spieler*innen ab 10 Jahren. Deutsch oder Französisch.

Deutsch: Art. 2500.007.D / Fr. 69.90

Französisch: Art. 2500.007.F / Fr. 69.90

SCHLÜSSELBAND/UMHÄNGEBAND

Umhängeband (Lanyard) mit Karabinerhaken und Amnesty-Logo. Das Umhängeband ist praktisch für Schlüssel, Badge oder Ähnliches. Hergestellt in Italien aus 100% recyceltem PET (Polyester).

Art. 2300.024 / Fr. 5.–



KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Der Klassiker des Schweizer Designs in neuen Farben. Angenehm im Gebrauch, zeitlos, nachfüllbar. In der Schweiz hergestellt.



Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm), dunkelgrau, weisses Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.027 / Fr. 52.–



Solo, metallgelb mit schwarzem Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.026 / Fr. 30.–

TASCHENMESSER VICTORINOX

Neue Versionen in Schwarz mit weissem Logo. Swiss made.



DELUXE TINKER

Zum Tüfteln und Flickern mit 17 Funktionen

Art. 2300.037.DT / Fr. 49.–

SPORTSMAN

Einfaches Modell mit 13 Funktionen

Art. 2300.037.S / Fr. 25.–



ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder auf
shop.amnesty.ch



© Simon Mäder

PRIDES IN DER SCHWEIZ QUEER-RECHTE SIND MENSCHENRECHTE!

Willkommen zur Pride Season 2024! Ab Juni gehen wieder Tausende auf die Strasse, um für die Rechte von LGBTI* einzustehen und die Vielfalt der queeren Community zu feiern.

Was heute vor allem eine bunte Feier der Vielfalt ist, startete einst als militanter Protest gegen Diskriminierung und Gewalt. Die Prides erinnern an den Aufstand von Stonewall im Juni 1969, als sich queere Menschen tatkräftig gegen Polizeigewalt und gegen die Razzien in einer New Yorker Bar zu Wehr setzten.

Auch heute ist der Kampf für die Gleichberechtigung von LGBTI*-Menschen noch nicht zu Ende. Ein Blick in den Jahresbericht 2023/24 von Amnesty International zeigt, dass der Pushback gegen Anliegen von queeren Menschen weltweit zugenommen hat, verstärkt durch die gender- und queerfeindliche Agenda von populistischen Bewegungen und autokratischen Regimes, die die Rechte

von LGBTI*-Personen aushöhlen und keine Massnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt ergreifen.

In der Schweiz setzt sich die Gruppe Queeramnesty für LGBTI*-Rechte ein. Ein Fokus ihrer Arbeit ist die Unterstützung von geflüchteten LGBTI*-Menschen, da diese besonders verletzlich und auch in der Schweiz noch immer mit Diskriminierung konfrontiert sind.

Die Pride in Zürich feiert dieses Jahr ein rundes Jubiläum unter dem Motto «Frei in jeder Beziehung – seit dreissig Jahren» mit einer Demonstration und einem Festival. Seit 1994 wird in Zürich jedes Jahr für die Rechte der LGBTI*-Gemeinschaft demonstriert, zuerst unter dem Namen Christopher Street Day, seit 2009 als Zurich Pride

Festival. Die Gruppe Queeramnesty wird dieses Jahr an den Prides in Zürich und Bern teilnehmen.

Auch dieses Jahr wieder finden den ganzen Sommer hindurch Prides in vielen Schweizer Orten statt. Weitere Infos zu den Daten und Orten der diesjährigen Prides: amnesty.ch/lgbti

Queeramnesty existiert seit 1997 und sucht immer wieder Freiwillige. Mehr Informationen finden sich auf ihrer Webseite queeramnesty.ch.

Patrick Walder, Kampagne «Protect the Protest»



FÜR SICHERE UND BUNTE DEMOS

Als Begleitmaterial für Ihre Beteiligung an den Kundgebungen können Sie kostenlos den Banner «Menschenrechte für alle» sowie die Sticker «Protect the Protest» bestellen. Sehr hilfreich ist der Demo-Guide «Kenne deine Rechte», der über die Rechte und Pflichten bei Demonstrationen informiert. shop.amnesty.ch

WELTFLÜCHTLINGSTAG 2024 MEHR SCHUTZ FÜR GEFLÜCHTETE

Am 20. Juni stehen am Weltflüchtlingstag die neuen europäischen Asylregeln und die Situation der minderjährigen Geflüchteten im Fokus.

Amnesty hebt dieses Jahr die drängenden Probleme hervor, die durch das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) entstehen: Die EU-Staaten legten damit Mindeststandards für die Durchführung von Asylverfahren und die Unterbringung von Asylsuchenden fest, die auch für die Schweiz als Schengen-Mitglied gelten. Im Zentrum des Weltflüchtlingstags 2024 stehen ausserdem die Herausforderungen für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA). Der Schutz dieser besonders verletzbaren Gruppe muss in der Schweiz unbedingt verbessert werden.

In der ganzen Schweiz organisieren Amnesty-Gruppen Aktionen für eine gerechte und humanitäre Asylpolitik. Mehr dazu: amnesty.ch/veranstaltungen

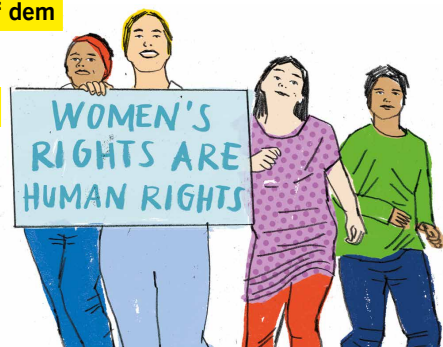
FEMINISTISCHER STREIK 2024 WIR BLEIBEN DRAN!

Am 14. Juni findet nebst den Prides in verschiedenen Städten auch wieder der feministische Streik statt, um die Forderung nach Gleichstellung zu untermauern.

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Gleichberechtigung von LGBTI*-Personen sind in der Schweiz noch nicht vollständig verwirklicht, Diskriminierung und Gewalt betreffen Frauen und LGBTI*-Personen unverhältnismässig stark. Im Juni werden eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt, die gleiche Rechte für alle verlangen (siehe auch obenstehenden Artikel zu den Prides).

Im Fokus des feministischen Streiks vom 14. Juni steht die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz: Noch immer erhalten Frauen weniger Lohn und tiefere Renten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist längst nicht gegeben. Ausserdem sind Frauen oft von sexuellen Belästigungen und Sexismus betroffen.

Nehmen Sie am Frauenstreik teil und besuchen Sie unseren Stand auf dem Bundesplatz in Bern (ab 16 Uhr). Weitere Informationen zum Frauenstreik finden Sie auf www.14juni.ch



Illustrationen: Kathrin Frank

SAUDI-ARABIEN KÖNIGREICH DER REPRESSION



© Faysal Nuredine/AFP/KeyStone

Manahel al-Otaibi wurde am 16. November 2022 von den saudischen Behörden festgenommen. Bis April 2024 war ihr Verbleib unbekannt, jetzt sitzt sie in Einzelhaft im Al-Malaz-Gefängnis in Riad. Die junge Frau wurde Ende April zu elf Jahren Haft verurteilt, weil sie in den sozialen Medien zur Unterstützung der Rechte von Frauen aufgerufen und Bilder von sich selbst in «anstössiger» Kleidung veröffentlicht hatte, wie es im Urteil hiess.

Manahel al-Otaibi ist eine von vielen Personen, die aufgrund ihrer freien Meinungsäusserung verurteilt wurden. Eine Analyse von Amnesty International zeigt, dass sich die Menschenrechtslage in

Saudi-Arabien in den letzten Jahren drastisch verschlechtert hat.

Dies steht im krassen Gegensatz zu dem Bild des Fortschritts, das der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman mit teuren Kampagnen auf der ganzen Welt verbreitet. Die Behörden lassen berühmte Sportler*innen und Prominente aus der Unterhaltungsbranche einfliegen, die dann über vermeintliche Fortschritte im Land berichten und so von den grausamen Menschenrechtsverletzungen ablenken. Die Fussball-Weltmeisterschaft der Männer, die 2034 in Saudi-Arabien stattfinden könnte, wäre eine weitere Möglichkeit für eine solche Selbstdarstellung.

Kritische Stimmen sind der Regierung ein Dorn im Auge, denn sie widerlegen das «moderne Image», das sich Saudi-Arabien geben will.

Natalie Wenger

Helfen Sie mit, den Menschen Gehör zu verschaffen, die von der Repression gegen die freie Meinungsäusserung betroffen sind, und unterzeichnen Sie die untenstehende Petition.



PETITION

FREIHEIT FÜR ALLE, DIE WEGEN IHRER FREIEN MEINUNGSÄUSSERUNG IN SAUDI-ARABIEN INHAFTIERT WURDEN!

HIER UNTERSCHREIBEN ODER VIA QR-CODE ZUR ONLINE-PETITION



An den Justizminister von Saudi-Arabien, Waleed Mohammed Al-Smani

Die Fitnesstrainerin Manahel al-Otaibi wurde zu elf Jahren Haft verurteilt, weil sie gegen das Gesetz gegen Internetkriminalität verstossen haben soll. Sie hat keine Straftat begangen und wurde lediglich aufgrund ihres Engagements für Frauenrechte strafrechtlich verfolgt.

Am 14. April meldete sich Manahel al-Otaibi zum ersten Mal bei ihrer Familie. Seit November 2023 hatte man nichts mehr von ihr gehört. Die

29-Jährige berichtete, dass sie in Einzelhaft unter isolierten Bedingungen im Al-Malaz-Gefängnis festgehalten werde.

Ich bitte Sie hiermit, zu veranlassen

■ dass Manahel al-Otaibi umgehend und bedingungslos freigelassen wird, da sie sich nur aufgrund der friedlichen Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäusserung in Haft befindet;

■ das Sonderstrafgericht nicht dazu zu benutzen, Menschenrechts-Aktivismus und Meinungsfreiheit systematisch zu unterdrücken;

■ die Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus und der Internetkriminalität, die friedlichen Dissens unter Strafe stellen, aufzuheben oder grundlegend zu ändern bzw. neue Gesetze zu erlassen, die mit den internationalen Menschenrechtsnormen vollständig vereinbar sind.

Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			

Möchten Sie tiefer in die Themen dieses Magazins eintauchen? Nehmen Sie an einem unserer Kurse teil! Ob als erfahrene Aktivist*in oder einfach, weil Sie mehr über Menschenrechtsthemen erfahren möchten: Machen Sie mit, um Ihr Wissen zu vertiefen und sich aktiv für Menschenrechte zu engagieren.



NEUE KURSE 2024

ARGUMENTIEREN GEGEN STAMMTISCHPAROLEN

Bern: Samstag, 15. Juni;
Online: Donnerstag, 3. Oktober

ZIVILCOURAGE BEI SEXISMUS, HOMO- UND TRANSFEINDLICHKEIT

Zürich: Samstag, 24. August,
Samstag, 26. Oktober

ZIVILCOURAGE – EINSCHREITEN STATT WEGSEHEN

Basel: Samstag, 14. September

NICHT MIT MIR! MIT WEN-DO GEGEN SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Basel: Samstag, 2. November;
Bern: zweiteiliger Kurs, Dienstag, 12. November,
sowie Dienstag, 19. November

GEWALTFREIE KOMMUNIKATION

Bern: Freitag, 18. Oktober

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND MENSCHENRECHTE: EINE GEBRAUCHSANWEISUNG

Zürich: Samstag, 16. November

SIND WIR NOCH ZU RETTEN? KLIMAKRISE UND MENSCHENRECHTE

Bern: Freitag, 22. November

HÄNDE WEG – ZIVILCOURAGE BEI SEXUELLER BELÄSTIGUNG

Bern: Donnerstag, 28. November

Detaillierte Informationen und Anmeldungen auf unserer Website: www.amnesty.ch/de/menschenrechtsbildung/kurse



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen
Certificat suisse de qualité pour les institutions de formation continue
Certificato svizzero di qualità per istituzioni di formazione continua



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8